

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

13 (16.1.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Insgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 60 P.; an Postämtern 2,10 M. durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Allgemeine Finanzdebatte im badischen Landtag.

Dritter Tag

Der dritte Tag der Finanzdebatte wurde mit einer ziemlich trockenen Rede des Finanzministers eingeleitet. Er ging auf verschiedene im Laufe der Debatte die Staatsfinanzen berührende Fragen des Näheren ein, wobei er sich ganz besonders gegen die Darlegungen des Abg. Kolb wandte. Der Finanzminister hält hartnäckig an der bisherigen Art der Finanzpolitik fest. Er unterstellte dabei ähnlich wie der Staatsminister dem Abg. Kolb Absichten die dieser ausdrücklich abgelehnt hat.

Eine äußerst temperamentvolle, oft lebhaft bewegte auslösende Rede hielt der parlamentarische Führer der Fortschrittler, Abg. Benedek. Mit ätzender Ironie charakterisierte er die Heuchelei der Zentrumspolitik und hob dabei insbesondere hervor, daß eine Partei, die anderen Parteien gegenüber das Prinzip der Gerechtigkeit nicht anerkenne, sich nicht selbst auf dieses Prinzip berufen könne, sofern es ihr gegenüber außer acht gelassen wird. Sehr scharf rechnete er mit der Wahlslogikation des Zentrums und dem Mißbrauch der Weisheiten mit der Religion ab. Hagelgedicht kassierte die Siebe auf das Zentrum und die Wirkung ließ sich deutlich an der auf den Bänken des Zentrums bemerkbaren Aufregung erkennen. Mit entschiedener Energie verteidigte er den Großblock und wies scharf zurück die Haltung der Regierung gegenüber. Angesichts dieser Haltung der Regierung müsse sich die Linke überlegen, ob sie nicht der Regierung gegenüber ihre Haltung ändern müsse.

Den „Fall Bayern“ streifte der demokratische Redner nur kurz, aber um so kräftiger war die Kritik die er am Militarismus übte.

Die gespannte Aufmerksamkeit, mit welcher das Haus die Rede Benedek's begleitete, schlug während der Rede des Sprechers der „rechtsstehenden Vereinigung“ des Abg. Banschbach in forgerückte Heiterkeit um. Der „Fraktionschef“ der Konservativen hat mit seiner gestrigen Budgetrede den politischen Beschäftigungsgrad nicht erhöht. Den Herren vom Zentrum war die Rede dieses politischen Nachbarn sichtlich unangenehm. Herr Banschbach hat seine Ablehnung von den Fragen, über die er sprach, kein Wunder, daß im Haus alle Augenblicke ein Heiterkeitssturm ausbrach, der selbst die Herren auf der Regierungsbank mitriß. Insofern brachte Herr Banschbach, der „Fraktionschef“ der Konservativen, eine angenehme Abwechslung in die Verhandlungen.

Zum Schluß der Sitzung nahm Minister v. Bodmann das Wort. Auch er hielt eine sehr zurückhaltende Rede. Im wesentlichen beschäftigte er sich mit dem sein Refort berührenden Fragen. Die Politik streifte er nur nebenbei. Seine Ausführungen gegen die Sozialdemokratie waren nichts weniger als staatsmännisch. Er berief sich auf seine früheren Ausführungen und kritisierte namentlich die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Monarchie. Den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Landtagswahl führt er auf die nationale und monarchische Stimmung der Bevölkerung zurück. Das ist ebenso bequem wie oberflächlich. Allein wir sind es so gewöhnt, daß unsere Regierungsvertreter in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sich nicht in allzu große geistige Anstrengungen bemühen.

Morgen beginnt die zweite Garnitur der Statredner mit dem Abg. Dr. Schofer. Ihm folgen die Abg. Dietrich und Dr. Franke.

13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 15. Januar.

Präsident Mohrhardt eröffnet die Sitzung um 9,25 Uhr.

Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch, die Minister v. Bodmann, Dr. Rheinboldt und Dr. Böhm.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen, darunter Einführung des Wahlsystems auf der Jagalstraße betr.; Gehalts-, Dienst- und Wohnungsverhältnisse des Wärterspersonals der Staatseisenbahnen betr.

Weiter ist vom Ministerium des Innern eingegangen eine Uebersetzung der Denkschrift über die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur Zweiten Kammer der Ständeversammlung beigegebenen Gesetze der schweizerischen Kantone Tessin, Neuchâtel und Gen. sowie Belgiens.

Fortssetzung der Finanzdebatte.

Finanzminister Dr. Rheinboldt dankt dem Budgetreferenten für die ausführliche Besprechung des Finanzprojekts. Es freut mich, daß bezüglich der Finanzpolitik im allgemeinen Uebereinstimmung besteht, mit Ausnahme der abweichenden Ansichten des Abg. Kolb. Der Referent wies mit Recht auf die Gefahren der fortwährenden großen Bahnhofsbauten für unsere Finanzverhältnisse hin. Leider läßt sich insofern keine Ersparrnis erzielen, als die begonnenen Bauten zu Ende zu führen sind. Außerdem sind noch die Bahnhöfe in Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Forstheim, Friedrichsfeld und Litzsee zu bauen. Seit einigen Jahren erscheinen wir jährlich mit größeren Anleihen auf dem Geldmarkt, was unterm Kredit nicht günstig ist. Be-

züglich des Verlangens des Abg. Zehner, den Zuschuß zur Eisenbahnschuldentilgungspasse fallen zu lassen, bin ich der Ansicht, daß dies durch allmählichen Abbau geschehen soll. Der allmähliche Abbau dieses Zuschusses muß auch mit Rücksicht auf die Kulturfragen geschehen, welche die kleineren Staaten verhältnismäßig mehr als die größeren belasten. Anstatt einer Stärkung seiner Eisenbahnverwaltung hat Baden eine Schwächung dieser Verwaltung erfahren. Es muß daher gesehen werden, allmählich die Subventionen fallen zu lassen, um die Eisenbahnen auf eigene Füße zu stellen. Vorstich ist jedoch hier vorzuziehen. Was die Revision des Gehaltstarifs betrifft, so ist die Regierung von der Notwendigkeit überzeugt. Wir werden alle Wünsche prüfen. So viel kann jedoch heute schon gesagt werden, daß, wenn wir allen Wünschen gerecht werden wollen, es nicht ohne Erhöhung der Einnahmequellen abgeht. Ich bin kein Freund der Erhöhung der direkten Steuern. Aber wenn eine Ausgabe als dringlich bezeichnet wird, so muß auch Deckung geschaffen werden. Ich bin der Ansicht, daß bezüglich der Vereinfachung der Staatsverwaltung mandes geschehen kann. Allzu optimistisch bin ich dabei allerdings nicht. Ueber die künftige Gestaltung der Umsatzsteuer befinden sich in den einzelnen Bundesstaaten noch verschiedene Ansichten. Ob wir in Baden auf unseren Anteil von 40 Prozent verzichten können, steht heute noch nicht fest. Wir haben bereits für eine Reihe von Erleichterungen dieser Steuer Sorge getragen. Was den Erbschaftsteuerzuschlag betrifft, den Herr Zehner als unnützig bezeichnete, so muß ich die Kammer in Schutz nehmen. Die Notwendigkeit dieser Steuern war begründet und es freut mich, daß wir infolge dieser Steuern wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Ich habe bei den letzten Steuern an den Rat des Abg. Zehner gedacht, die Klassen zu füllen, solange Geld da ist. (Heiterkeit.) Diesen Rat habe ich befolgt. Bezüglich der letzten Reichsteuern stimme ich mit Herrn Abg. Zehner überein. Falls der Beibrtrag die angenommene Höhe nicht erreichen sollte, wird die Frage einer Verteilung der Bundesanteile auf. Die Angelegenheit der Matrularbeiträge wird vom Reich von Staat zu Staat mehr durch Gewohnheitsrecht neu geregelt. Ein Fiasco des Beibrtrags könnte allerdings dieses Gewohnheitsrecht ändern. Es wird dabei obnehin eine Neuregelung der Frage der Matrularbeiträge nötig. Die Front, die Abg. Rebmann gegen die Uebernahme der direkten Steuern auf das Reich machte, freut mich. Nur möchte ich Herrn Abg. Rebmann bitten, die national-liberale Fraktionsfraktion zur gleichen Stellungnahme zu bewegen. Einstweilen aber haben wir bereits durch die Beibehaltung der dringenden Bedürfnisse abzuhelfen vermag, wodurch sich die Alpenjournale besser stellen als bei einer anderen Regelung. Es freut mich, daß die Einführung der Kraftfahrzeuge die Zustimmung fand. Eine übermäßige Belastung der Gemeinden wird hierbei nicht beachtet. Wir verlangen von den Gemeinden nur freie Stellung des Geländes, andere Staaten verlangen mehr. In der Staatslotterie erreichten wir nicht das Auerum, das uns zugesagt wurde. Es kommt dies daher, daß wir uns peinlich jeder Melasse enthalten. Wir werden infolge dessen eine Einbuße erleiden. Wieder jedoch eine solche, als das Volk zum Lotteriespiel animieren. Der Abg. Kolb wies darauf hin, daß dem Landtag wieder ein Budget mit einem Fehlbetrag vorliegt. Es ist das kein fingeretes Budget, sondern entspricht unseren Berechnungen. Abg. Kolb hält das Prinzip, die laufenden Ausgaben zu decken, für richtig, aber für den badischen Staat nicht für durchführbar. Wenn der Abg. Kolb meint, daß wir unser Prinzip der sofortigen Deckung nur dadurch aufrecht erhalten könnten, daß wir den Städten zu viele Dinge aufbürdeten und das Volksschulwesen vernachlässigten, so trifft dies nicht zu. Ich mache nicht mit, wenn Abg. Kolb vorschlägt, Universitätsbauten etc. auf Anleihen zu bauen. Die Zukunft wird noch stärkere Bedürfnisse haben, als die Gegenwart und wird sie befriedigen müssen, insofern wir die Zukunft nicht belasten dürfen. Ich habe jedoch durchaus keine Bedenken, Kosten für wertende Ausgaben auf Anleihe zu nehmen, was das Nützliche beweist. Was den weiteren Vorwurf des Bureaucratismus anbelangt, so geht es eben ohne einen gewissen Formalismus nirgend. Die Leitung unseres Eisenbahnbetriebs ist eine sehr schwere und sehr verantwortungsvolle. Es ist keine Kleinigkeit, einem so großen Apparat vorzustehen. Der Vorstehende der Generaldirektion ist ein sehr gewissenhafter Beamter (Abg. Kolb: Sehr richtig!). Ob es ein Fehler ist, daß ihm das Temperament des Abg. Kolb abgeht, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Die badische Eisenbahnverwaltung wird überall mit Achtung genannt.

Abg. Benedek (F. V.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die Finanzen gebessert haben. Unsere Finanzen sind glücklicherweise so günstig, daß sie es uns ermöglichen, die Kulturaufgaben zu erfüllen. Wenn wir heute fragen, was die Ursache der Feuerung ist, so müssen wir unbedingt den hochschulmännlichen Bestrebungen entgegenreten. Hier kann ich mich nur dem Abg. Kolb anschließen. Hier wäre es Pflicht von Bundesrat und Reichstag, entschieden gegen die Agrarier Front zu machen. Bei dieser Gelegenheit ist es am Platze, gegen das veraltete, ungerechte Reichstagswahlrecht zu protestieren, das der ganzen heutigen Bevölkerungsentfaltung im Gesicht schlägt. Ich halte die heutige Reichstagswahlrechtsteilung nicht nur für ungerecht, sondern sogar für verfassungswidrig. Ich bitte daher die Groß-Regierung, im Bundesrat für eine Neueinteilung der Reichstagswahlrechtsteilung einzutreten. Eine dringende Notwendigkeit ist die Wohnungsreform. Von großer Wichtigkeit ist die Frage des Unterrichtsmeßens. Wenn die Hochschulen viel Geld kosten, so ist dies eine herabsetzende Ausgabe. Auf dem Gebiete der Volksschule sollte viel mehr geschehen als bisher. Es ist bedauerlich, mit welcher geringen Kenntnissen viele die Volksschule verlassen müssen. Empathisch berührte mich der Antrag der Konservativen, die Kosten für die Volksschulen auf den Staat zu übernehmen. Diese Forderung galt bisher als eine Forderung des Jahres 1848. Es freut mich, wenn über Traditionen auf die Konservativen übergeben. (Heiterkeit.) Ich meine, man könnte vorerst die Sache so regeln, daß der Staat ein gewisses Minimum übernimmt. Die Städte und Gemeinden könnten dann je nach Leistungsfähigkeit noch ein Mehr für die Volksschule tun. Eine einseitige Bevorzugung des platten Landes, was die

Abg. Zehner wünschte, kann ich jedoch nicht unterstützen. Dies wäre ein Schaden für die Volksschule. Eine gründliche Umgestaltung der Konstanzer Bahnhofsverhältnisse ist nötig. Wegen neuer Steuern muß auch ich mich entscheiden. Sollen wieder neue volksbelastende indirekte Steuern kommen? Ich spreche es aus, daß, wenn wieder neue Steuern kommen, dies nur direkte Reichsteuern sein können.

Ich spreche es hier als meine persönliche Ansicht aus, daß ich mich nicht von der Berechtigung der letzten deutschen Mittelsvorlage überzeugen kann. Wenn Deutschland nicht gerüstet hätte, so hätte dies auch Frankreich nicht. Soll denn mit dem wahnfinigen Wettrüsten so lange fortgefahren werden, bis die Staaten zusammenbrechen? Ich spreche dies aus wahrer Vaterlandsliebe aus und ich habe mein Vaterland so lieb als irgend ein anderer. Die Staaten sollten sehen, zu einer Verständigung über das Tempo der Rüstungen zu kommen, wie es neuerlich Minister Lord Georges in England ansprach. Nur der Weg der internationalen Verständigung kann uns vor einer Katastrophe bewahren. Man sprach früher vom französischen Chauvinismus; heute haben wir in Deutschland einen blühenden Chauvinismus, der von den Vertretern der staatsverhaltenden Parteien ausgeht. Wenn wir Blätter wie die „Post“ usw. lesen, so benehmen wir Löwe, die an den preussischen Junkerhochmut von 1806 erinnern, nicht an 1813. In dieser Hinsicht müssen wir den Vorgängen im Reiche eine größere Bedeutung zumessen. Ich bitte die Regierung, in diesem Sinne zu wirken. Die Groß-Regierung würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie gleich der bayerischen Regierung eine Erklärung abgeben würde, im Sinne des Friedens zu wirken. Auf die Vorgänge in Bayern werden wir bei Behandlung der sozialdemokratischen Interpellation zu sprechen kommen. Die vorgekommenen Dinge sind sehr bedauerlich. Die Sache wäre durch ein energisches Vorgehen rasch zu befeitigen gewesen. Dies geschah jedoch nicht. Statt sich an die Soldaten zu halten, sollte man an die Quelle gehen. Wie bei einem wunden Körper geben kleine Fragen zu großen Folgen Anlaß. Wir sehen viel im Hintergrunde, wir sehen den Kronprinzen und wir sehen bei alledem nicht, daß der deutsche Michel Anstrengungen macht, daß der Zustand befestigt wird, den Willen eines Einzigen entscheiden zu lassen. Nicht im Berliner Schloß werden die wichtigsten politischen Fragen behandelt, sondern in Donaueshöfen auf der Hasanenjagd!

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes entspricht meiner persönlichen Ansicht. Trotzdem muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Jesuitennorden auf gewalttätige Weise durch Drohungen und durch Scheiterhaufen, Ferkelungen machten. Wenn man bedenkt, wie das Zentrum vor sechs Jahren in Bayern mit den Sozialdemokraten Wahlschäfte machte, so berührt es sonderbar, daß das Zentrum heute im gleichen Bayern darauf dringt, daß die Staatsarbeiter Gewerkschaften unterschreiben müssen, daß sie nicht den Gewerkschaften angehören. Die moralische Grundlosigkeit wird so beim Zentrum zum Prinzip gemacht. Vom Staat kann man nicht verlangen, wie es Abg. Zehner wünschte, daß er für Förderung einer Religion eintritt, die eine Minderheit der Bevölkerung darstellt.

Das Ergebnis der Landtagswahlen brachte trotz der günstigen Verhältnisse für die Rechte der Linken 185 000 Stimmen gegen 145 000 der Rechten. Trotzdem läßt sich nicht bestreiten, daß eine Stärkung der Rechten zu verzeichnen ist. Vor allem ist es der religiöse Einfluß des Zentrums, der die Wahlschäfte besorgte. Alles bisher dagewesene wurden überboten. Wenn besondere Missionen abgehalten werden und wenn man die Absolution davon abhängig macht, daß ein Wähler keine sozialdemokratische Zeitung liest, so ist das ein Vorgang, der unter keinen Umständen vorkommen sollte. Wie lange sollen wir noch aus Staatsmitteln die Zentrumsagitatoren bezahlen?

Der Mißerfolg der Linken beruhte vor allem auf dem Rückgang der Sozialdemokratie. Der Herr Staatsminister sagte gestern wieder, daß er sich nicht auf die Sozialdemokratie stützen konnte, weil sie das Budget verweigerte. Wenn die Sozialdemokratie das letztemal das Budget verweigerte, so geschah es aus berechtigten Gründen und selbst wenn der angegebene Grund der Budgetverweigerung nur ein Vorwand war, so war es unklug von der Regierung, der Sozialdemokratie durch eine ungerechte Behandlung den Vorwand zu liefern. Eine weitere Ursache der Verschiebung bildet die händliche Verächtigung des Großblocks durch einzelne Stellen und die Bekämpfung durch die Regierung. Ich möchte einmal die „liberale Politik“ sehen, die das Staatsministerium mit der Reaktion macht. Nur dem Eingreifen des Großblocks und der Mitarbeit der Sozialdemokratie verdankte die Regierung die Durchführung der wichtigsten Gesetze im letzten Landtag. Das Zentrum suchte dagegen durch unerfüllbare Anträge Verwirrung zu schaffen. Die Groß-Regierung muß die Konsequenzen aus der jetzigen politischen Lage ziehen. In der Stellung der Regierung zum Verhältniswahlrecht erblide ich ein Zutüdelchen. Ich dachte, daß der Verfasser der Denkschrift zum Proporzwahlrecht zu einem andern Resultat kommen würde, als es geschah. Der Proporz bildet die einzige Lösung. Nur er bringt uns aus dem Dilemma des Großblocks. Wer den Großblock nicht will, muß den Proporz wollen. Wir verlangen, daß die Regierung sich zu einer liberalen Politik bekennet und sich auch in diesem Sinne betätigt und das ist die Politik des Großblocks! (Beifall.)

Abg. Banschbach (Kons.): Es ist selbstverständlich, daß sich ein Protestant der Klosterfrage abliehrend gegenüberstellen muß. Wir wollen hoffen, daß der Reichsmarsch zeitig weiter vollendet werde. Ich kann es nur begrüßen, daß Oberst von Reutter uff. freigesprochen wurde. Bei den einzelnen Universitäten könnte man vielleicht die eine oder andere Fakultät wegfallen lassen. Unter liberaler Aera wurde die Volksschule als Achenbrödel behandelt. Bei unserm Antrag auf Uebernahme der Volksschule auf den Staat wünschen wir, daß die großen Städte die Volksschulen selbst zahlen. Die Bälle müssen aufrechterhalten werden. Auf Rahm sollte ein Zoll gesetzt werden. Bei der Wahlrechtsteilung sollte man zur früheren Einteilung zurückkehren, nicht zu neuen Einteilungen. Durch Ausnutzung der Wasserkräfte hätten schon

Abg. Zehner wünschte, kann ich jedoch nicht unterstützen. Dies wäre ein Schaden für die Volksschule. Eine gründliche Umgestaltung der Konstanzer Bahnhofsverhältnisse ist nötig. Wegen neuer Steuern muß auch ich mich entscheiden. Sollen wieder neue volksbelastende indirekte Steuern kommen? Ich spreche es aus, daß, wenn wieder neue Steuern kommen, dies nur direkte Reichsteuern sein können.

Ich spreche es hier als meine persönliche Ansicht aus, daß ich mich nicht von der Berechtigung der letzten deutschen Mittelsvorlage überzeugen kann. Wenn Deutschland nicht gerüstet hätte, so hätte dies auch Frankreich nicht. Soll denn mit dem wahnfinigen Wettrüsten so lange fortgefahren werden, bis die Staaten zusammenbrechen? Ich spreche dies aus wahrer Vaterlandsliebe aus und ich habe mein Vaterland so lieb als irgend ein anderer. Die Staaten sollten sehen, zu einer Verständigung über das Tempo der Rüstungen zu kommen, wie es neuerlich Minister Lord Georges in England ansprach. Nur der Weg der internationalen Verständigung kann uns vor einer Katastrophe bewahren. Man sprach früher vom französischen Chauvinismus; heute haben wir in Deutschland einen blühenden Chauvinismus, der von den Vertretern der staatsverhaltenden Parteien ausgeht. Wenn wir Blätter wie die „Post“ usw. lesen, so benehmen wir Löwe, die an den preussischen Junkerhochmut von 1806 erinnern, nicht an 1813. In dieser Hinsicht müssen wir den Vorgängen im Reiche eine größere Bedeutung zumessen. Ich bitte die Regierung, in diesem Sinne zu wirken. Die Groß-Regierung würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie gleich der bayerischen Regierung eine Erklärung abgeben würde, im Sinne des Friedens zu wirken. Auf die Vorgänge in Bayern werden wir bei Behandlung der sozialdemokratischen Interpellation zu sprechen kommen. Die vorgekommenen Dinge sind sehr bedauerlich. Die Sache wäre durch ein energisches Vorgehen rasch zu befeitigen gewesen. Dies geschah jedoch nicht. Statt sich an die Soldaten zu halten, sollte man an die Quelle gehen. Wie bei einem wunden Körper geben kleine Fragen zu großen Folgen Anlaß. Wir sehen viel im Hintergrunde, wir sehen den Kronprinzen und wir sehen bei alledem nicht, daß der deutsche Michel Anstrengungen macht, daß der Zustand befestigt wird, den Willen eines Einzigen entscheiden zu lassen. Nicht im Berliner Schloß werden die wichtigsten politischen Fragen behandelt, sondern in Donaueshöfen auf der Hasanenjagd!

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes entspricht meiner persönlichen Ansicht. Trotzdem muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Jesuitennorden auf gewalttätige Weise durch Drohungen und durch Scheiterhaufen, Ferkelungen machten. Wenn man bedenkt, wie das Zentrum vor sechs Jahren in Bayern mit den Sozialdemokraten Wahlschäfte machte, so berührt es sonderbar, daß das Zentrum heute im gleichen Bayern darauf dringt, daß die Staatsarbeiter Gewerkschaften unterschreiben müssen, daß sie nicht den Gewerkschaften angehören. Die moralische Grundlosigkeit wird so beim Zentrum zum Prinzip gemacht. Vom Staat kann man nicht verlangen, wie es Abg. Zehner wünschte, daß er für Förderung einer Religion eintritt, die eine Minderheit der Bevölkerung darstellt.

Das Ergebnis der Landtagswahlen brachte trotz der günstigen Verhältnisse für die Rechte der Linken 185 000 Stimmen gegen 145 000 der Rechten. Trotzdem läßt sich nicht bestreiten, daß eine Stärkung der Rechten zu verzeichnen ist. Vor allem ist es der religiöse Einfluß des Zentrums, der die Wahlschäfte besorgte. Alles bisher dagewesene wurden überboten. Wenn besondere Missionen abgehalten werden und wenn man die Absolution davon abhängig macht, daß ein Wähler keine sozialdemokratische Zeitung liest, so ist das ein Vorgang, der unter keinen Umständen vorkommen sollte. Wie lange sollen wir noch aus Staatsmitteln die Zentrumsagitatoren bezahlen?

Der Mißerfolg der Linken beruhte vor allem auf dem Rückgang der Sozialdemokratie. Der Herr Staatsminister sagte gestern wieder, daß er sich nicht auf die Sozialdemokratie stützen konnte, weil sie das Budget verweigerte. Wenn die Sozialdemokratie das letztemal das Budget verweigerte, so geschah es aus berechtigten Gründen und selbst wenn der angegebene Grund der Budgetverweigerung nur ein Vorwand war, so war es unklug von der Regierung, der Sozialdemokratie durch eine ungerechte Behandlung den Vorwand zu liefern. Eine weitere Ursache der Verschiebung bildet die händliche Verächtigung des Großblocks durch einzelne Stellen und die Bekämpfung durch die Regierung. Ich möchte einmal die „liberale Politik“ sehen, die das Staatsministerium mit der Reaktion macht. Nur dem Eingreifen des Großblocks und der Mitarbeit der Sozialdemokratie verdankte die Regierung die Durchführung der wichtigsten Gesetze im letzten Landtag. Das Zentrum suchte dagegen durch unerfüllbare Anträge Verwirrung zu schaffen. Die Groß-Regierung muß die Konsequenzen aus der jetzigen politischen Lage ziehen. In der Stellung der Regierung zum Verhältniswahlrecht erblide ich ein Zutüdelchen. Ich dachte, daß der Verfasser der Denkschrift zum Proporzwahlrecht zu einem andern Resultat kommen würde, als es geschah. Der Proporz bildet die einzige Lösung. Nur er bringt uns aus dem Dilemma des Großblocks. Wer den Großblock nicht will, muß den Proporz wollen. Wir verlangen, daß die Regierung sich zu einer liberalen Politik bekennet und sich auch in diesem Sinne betätigt und das ist die Politik des Großblocks! (Beifall.)

Abg. Banschbach (Kons.): Es ist selbstverständlich, daß sich ein Protestant der Klosterfrage abliehrend gegenüberstellen muß. Wir wollen hoffen, daß der Reichsmarsch zeitig weiter vollendet werde. Ich kann es nur begrüßen, daß Oberst von Reutter uff. freigesprochen wurde. Bei den einzelnen Universitäten könnte man vielleicht die eine oder andere Fakultät wegfallen lassen. Unter liberaler Aera wurde die Volksschule als Achenbrödel behandelt. Bei unserm Antrag auf Uebernahme der Volksschule auf den Staat wünschen wir, daß die großen Städte die Volksschulen selbst zahlen. Die Bälle müssen aufrechterhalten werden. Auf Rahm sollte ein Zoll gesetzt werden. Bei der Wahlrechtsteilung sollte man zur früheren Einteilung zurückkehren, nicht zu neuen Einteilungen. Durch Ausnutzung der Wasserkräfte hätten schon

Abg. Zehner wünschte, kann ich jedoch nicht unterstützen. Dies wäre ein Schaden für die Volksschule. Eine gründliche Umgestaltung der Konstanzer Bahnhofsverhältnisse ist nötig. Wegen neuer Steuern muß auch ich mich entscheiden. Sollen wieder neue volksbelastende indirekte Steuern kommen? Ich spreche es aus, daß, wenn wieder neue Steuern kommen, dies nur direkte Reichsteuern sein können.

Achtung!
am hiesigen
ge eine
sferei
in fortschritt-
et haben.
rednern
ber's Maul)
prechen, das
gen Militär-
Volkrechte,
mmung, für
ift bei Auf-
spartei.
insbesondere
Benden
matisch
ute, daß
daß er
Selbst-
eigen-
hauptet
reibung,
gegen-
müßigen
erendes
Auf-
und
Leit-
nach doch
Städ.
ruhe
ing.
Bege zu
noch im Hofe
fährt wird,
nd Stadtrat
(h).
be.
mich jetzt in
Position mit
lich mehr-
ontrakt be-
ich einen
kosten
atten
ner Kra-
it u. Rest-
aus meiner
ögensver-
Städte-
zu jedem
en Gebot
efflaschen,
aus den
elbstkosten-
marken.
an die

früher neue Steuerquellen geschaffen werden können. Durch Schuldenmachen kommt man in ein tiefes Dunkel. (Weiterleit.)

Minister v. Bodman: Wenn etwas geeignet war, mich nicht für Aufhebung des Jesuitengebietes zu stimmen, so war es das Auftreten der Jesuiten bei uns. Ich habe gehört, daß Jesuitenpater Cohausz sagte, daß die Gesetze nur soweit zu befolgen sind, wenn sie gerecht sind. Damit kann sich keine Staatsregierung zufriedengeben, die die Befolgung der Gesetze verlangen muß.

Ich halte die Ansicht des Abg. Kolb nicht für richtig, daß die Kulturaufgaben durch unsere Finanzpolitik erleichtert werden können. Ich glaube nicht, daß die Teuerung auf unserer Zollpolitik beruht; sie beruht auch in anderen Ländern. Zugewandene muß allerdings werden, daß unsere Zollpolitik verteuert wird.

Der Krieg aller gegen alle wie er nach des Philosophen Hobbes Lehre vor der ersten Begründung geherrscht haben soll, ist im 19. Jahrhundert ausgebrochen und nimmt täglich schärfere Formen an.

Zur Neuerung des Abg. Kolb über den Fortschritt des praktischen Sozialismus mit dem Hinweis auf das Murgewerk möchte ich bemerken, daß auch Stimmen gegen das Werk laut wurden. Wenn da ein Gegensatz zwischen mir und meinem Vorgänger festgestellt wird, so möchte ich erwähnen, daß es Minister Schenkel war, der zuerst im Ministerium dem Gedanken an das Murgewerk Ausdruck gab.

Nun wachte ich schon mehr als einen Monat in dem Gurdoloch daß mir der Arbeitsinspektor angewiesen hatte, als eines Abends der Aufsichtler Schloß mich aufforderte, meine Ziebrücken zusammenzusetzen und in die vierte Etage des Flügels C zusammenzuführen.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

85 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Nun wachte ich schon mehr als einen Monat in dem Gurdoloch daß mir der Arbeitsinspektor angewiesen hatte, als eines Abends der Aufsichtler Schloß mich aufforderte, meine Ziebrücken zusammenzusetzen und in die vierte Etage des Flügels C zusammenzuführen.

Ein Ortes hatte meine neue Zelle auch wieder: sie lag dicht neben dem Schulsaal, wo jede Woche zweimal Uebungsstunden für den katholischen und den protestantischen Kirchenchor waren.

Ich hatte den Direktor um die Gunst gebeten, am katholischen Chorgesang teilnehmen zu dürfen, aber die Konferenz beschloß meine Bitte abschlägig, weil ich einem der Vorgesänger, die aus der Stadt kamen, zu leicht einen Brief nach Paris hätte zukommen lassen.

Jetzt war ich fast zwei Jahre im Zuchthaus und hatte in all dieser Zeit weder Mutter noch Schwester wiedergegesehen. Ich hatte mich immer generviert, sie zu sehen, um ihnen und mir die Besorgnisse meines traurigen Wiedersehens zu er-

in der Theorie eine republikanische Partei. Sie stellt sich, selbst wenn sie gemähigt auftritt, heute schon manchmal so, als ob wir nicht in einem monarchischen Staate lebten. Sie spricht von bössigen Dingen usw. Die Bevölkerung zieht sich jetzt von der Sozialdemokratie zurück, weil sie monarchisch ist und weil sie in anderem Sinne national ist, als die Sozialdemokratie.

Abg. Benedek (Fortf.) gedenkt in persönlichen Bemerkung des verstorbenen Finanzministers... Eingegangen ist ein Antrag des Abg. ...

Dom inneren Kriegeschauplatz.

Reichstag gegen Herr... Elsaß-Lothringen gegen die Soldateska.

Der Krieg aller gegen alle wie er nach des Philosophen Hobbes Lehre vor der ersten Begründung geherrscht haben soll, ist im 19. Jahrhundert ausgebrochen und nimmt täglich schärfere Formen an.

Herr Kampf, der Reichstag... Sozialdemokraten Ordnung... der Eröffnung der Mitt...

Und doch hätte niemand mehr Anlaß, die Straburger Kriegsgerichtsurteile zu beklagen als die „Nationalen“, die einstweilen nicht begreifen können, daß die Militärpartei dem Reiche eine fürchterliche Niederlage beigebracht hat.

Alle Bemühungen der jungen Frau Bessers um Begnadigung erfolglos geblieben waren trotz hoher Protektionen. Man hatte den beiden nicht eine Sekunde ihrer Gefängnisstrafe geschenkt.

Der Besuch meiner Schwester hatte auf unser ganzes Zuchthaus großen Eindruck gemacht. Meine Zellengenossen hatten sich die erdenklichste Mühe gegeben, nur ein Guckfenster ihres Schließers zu erpähen und sprachen mir später mit wahrer Begeisterung von ihr: einer fragte mich sogar, ob er sie heiraten dürfe, wenn er wieder frei sei.

Weihnachten war wieder ein Markstein in meinem Zellenleben; so würde ich von Markstein zu Markstein doch einmal ans Ende des langen Weges gelangen, aber wie weit war es noch bis dahin!

Über der tapfere Schritt meiner Schwester hatte keinen Erfolg, ja es erschien mir immer unwahrscheinlicher, daß ich begnadigt würde. Hatte doch Direktor Langebach Herrn Zehme selbst gesagt, daß er in Gottbus meine Freundin Bessers und Baur in seinem Gefängnis gehabt habe und daß

wie man jetzt über die Straburger Urteile empört ist Der 4. Dezember war ein schwarzer Tag für die Nationalisten, denen seit dem 10. Januar der Himmel wieder voller Geigen hängt. Und vor aller Welt entrollt sich jetzt das für das Reich tief beschämende Schauspiel, daß ganz Elsaß-Lothringen in moralischer Auflehnung gegen die preussische Militärherrschaft steht.

Sie verdanken ihn den preussischen Offizieren, die nicht nach Gesetz und Recht fragen, wenn sie im Sinne verfassungswidriger Instruktionen ihre Säbelherrschaft ausüben können, sie verdanken ihn den preussischen Kriegsrichtern, die den deutschen „Rechtsstaat“ zum Gegenstand des Mitleids oder des Abcheus für alle Welt machen, sie verdanken ihn aber auch den preussischen Polizeipräsidenten und preussischen Polizeiministern, deren Geist bis in die Straburger Kriegsgerichte hineinwirkt.

Und preussisch ist auch die Art wie der von Preußen willenlos gegängelte Bundesrat dem Reichstag seine Resolution zur Behr vorlag, um die Ehren gebauen hat. Unter offensichtlich unwahren Vorwänden, die kaum noch in gutem Glauben vorgebracht sein können, werden alle Wünsche des Reichstags nach Beseitigung militärischer Ungerechtigkeiten zurückgewiesen und der Reichstag, der erst vor einem halben Jahr die neue Militärvorlage bewilligte, wird wie ein zudringlicher Bettler behandelt, dem man die Tür vor der Nase zuschlägt.

Vielleicht, sogar wahrscheinlich, ist das, was wir jetzt erleben, nur ein Vorpiel. Doch wenn dies nur ein Vorpiel ist, wie soll es erst werden, wenn der Vorhang aufhebt über dem wirklichen Stück? Stufenweise sinkt das Reich Bismarcks zum Chaos herab, feil geschlossen, aber ihren Augenblick erwartend steht die Millionärspartei der neuen Ordnung!

Man hatte den beiden nicht eine Sekunde ihrer Gefängnisstrafe geschenkt. Warum sollte es also mit mir anders sein? Wir beschloßen, keinen Versuch nach Begnadigung mehr zu machen, ehe nicht wenigstens die Hälfte meiner Strafzeit verbüßt sei.

Als meine Schwester wieder Abschied von mir genommen hatte, erschien mir alles, das ganze Zuchthaus, meine Zelle und alle Gasseurensflöven um mich her noch dunkler und entsetzlicher als früher.

Man spiegelte uns die neue Heimat vor als ein wahres gelobtes Land, strahlend von Licht und Segen und erfüllt von unerhörten Wundern.

Um aber in dies Land Canaan zu gelangen, mußten wir fünf Stockwerke tief hinabsteigen, mußten durch die Souterraingewölbe des Zuchthauses und der Zentralverwaltung wandern und uns dann, mit unseren drei Matrasenstücken auf dem Kopf, durch ein Labyrinth dunkler Gänge drücken. Dann kletterten wir mühsam eine Eisentreppe hinauf und wurden oben sofort von einer offenen Bellentür verdrängt.

Man hatte den beiden nicht eine Sekunde ihrer Gefängnisstrafe geschenkt. Warum sollte es also mit mir anders sein? Wir beschloßen, keinen Versuch nach Begnadigung mehr zu machen, ehe nicht wenigstens die Hälfte meiner Strafzeit verbüßt sei.

Man hatte den beiden nicht eine Sekunde ihrer Gefängnisstrafe geschenkt. Warum sollte es also mit mir anders sein? Wir beschloßen, keinen Versuch nach Begnadigung mehr zu machen, ehe nicht wenigstens die Hälfte meiner Strafzeit verbüßt sei.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

Am Bundesratsitz ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.10 Uhr. Eingegangen ist eine Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei betreffend die kriegsgerichtlichen Verhandlungen in Straßburg. Diese Interpellation soll mit den den gleichen Gegenstand behandelnden sozialdemokratischen Interpellationen beraten werden. — Auf Anfrage erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichslangier ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere folgende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Zur Begründung führt Direktor Caspar aus: Seit Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe, nach der man für das Handelsgewerbe, besonders für die Nahrungsmittelbranche, eine beschränkte Arbeitszeit zugelassen hat, ist der Wunsch nach weiterer Beschränkung, ja nach gänzlichem Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe wiederholt hervorgetreten. Besonders die kaufmännischen Angestellten erklären die bestehenden Zustände für unzulänglich und erheben die Forderung nach voller Sonntagsruhe ohne Ausnahme für einzelne Sonntage. Der jetzige Gesetzesentwurf sieht als Höchstbeschäftigung in öffentlichen Verkaufsstellen drei Stunden fest. Nur in einzelnen Fällen dürfen Ausnahmen gestattet werden. Ich bitte um Annahme des Entwurfs.

Abg. Bender-Verburg (Soz.): Unsere Forderungen auf ein gänzliches Verbot der Sonntagsarbeit sind zu schonen geworden. Die Vorlage stellt eine Verböschung der Handelsangelegenheiten dar. Die Ausnahmebestimmungen bleiben bestehen und den Sozialbehörden und der Polizei bleibt es unbenommen, Ausnahmen zuzulassen. Dagegen wenden wir uns entschieden. Wir verlangen eine definitive Regelung der Sonntagsruhe im Gewerbe selbst. Deshalb will die Regierung nicht auch für Kontore die Sonntagsruhe einführen? Eine Schätzung der Kaufmannschaft ist nicht zu befürchten.

Abg. Erberger (Zent.): Wir sind von jeher aus religiösen und sozialpolitischen Gründen für möglichste Ausdehnung der Sonntagsruhe eingetreten. Man wird sich zu fragen haben, ob nicht für die Industrie eine stündige Sonntagsruhe von Samstag nachmittags sechs Uhr an eingeführt werden kann. Die Vorlage ist zu schablonenhaft. Die große Dampfwaale geht von der Berliner Zentrale über alle Gänge des Vaterlandes. (Sehr gut! Getreuer!) Die völlige Sonntagsruhe würde in manchen Gegenden den völligen Ruin des Mittelstandes bedeuten. 80 Prozent der Gesamteinnahme entfallen hier oft auf die Sonntage. Die Folge wäre das Entweichen großkapitalistischer Unternehmungen und das Nennen Sie (zu den Sozialdemokraten) dann natürliche Entwicklung. Bevor man dem Mittelstand neue Lasten aufbürde, sollte man seine dringende Forderung erfüllen, allenfalls wäre eine Abstufung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinhandlung möglich. Wir wünschen Hebung der Sonntagsruhe zur Vorbereitung der Gewerbeordnungsnovelle.

Abg. Vitz (natl.): Die Entwicklung der Sonntagsruhe darf nicht gewalttätig herbeigeführt werden. Die Vorlage bedarf einer grundsätzlichen Umarbeitung. Die Herabsetzung der Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen auf drei Stunden und in Kontoren auf zwei Stunden ist eine durchaus erfreuliche Verbesserung. Wir begrüßen auch die Beschränkung der Zulassung einer zehnwöchentlichen Sonntagsarbeit auf sechs, und unter beschränkter Verhältnissen auf zehn Sonntage als einen erheblichen Fortschritt. Wir hoffen, daß in der Kommission ein braudbares Gesetz zustande kommt.

Abg. Graf Carmer-Bieseritz (kons.): Eine allgemeine Sonntagsruhe, so wünschenswert sie im Prinzip wäre, sind allenfalls in den Großstädten möglich, nicht aber auf dem Lande. Dem kleinen Kaufmann wird durch die Warenhäuser schon heute eine arge Konkurrenz gemacht. Diese Entwicklung sollte nicht weiter gefördert werden.

Abg. Günther (fortschr. Vp.): Bei einigem guten Willen siehe sich aus dieser Vorlage etwas Gutes schaffen. Die Anhänger von Ladengeschäften würden unter einer vollständigen Sonntagsruhe zu leiden haben. Kunden dieser Geschäfte würden nach den Warenhäusern abwandern. Nur ein schrittweises Vorgehen kann hier vorwärts bringen. Dem Wunsch der Angehörigen auf völlige Sonntagsruhe vermögen wir in diesem Augenblick noch nicht zuzustimmen.

Abg. Dambek (Soz.): Eine völlige Sonntagsruhe ist mit Rücksicht auf den Mittelstand noch nicht denkbar.

Abg. Warmuth (Rp.): Eine Differenzierung der Städte in solche von weniger als 100 000 Einwohnern und größere Städte würde eine angemessene Regelung der Frage ermöglichen.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.): Es hat 25 Jahre gedauert, bis das Gesetz gekommen ist und da sollte ein erheblicher Schritt vorwärts getan werden. Eine Sonntagsheiligung ist nur möglich durch die vorangegangene Einführung der Sonntagsruhe. Die Bevorzugung der jüdischen Geschäftsleute hat für uns die größten Bedenken. Die Vorlage muß in Verbindung mit dem Hausgesetz beraten werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Vorher: Kleine Vorlagen, scheinbarer Antrag der Nationalliberalen auf weitere Hinausschiebung des Termins zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag. Schluß 6 Uhr.

Deutsche Politik.

Eine neue große Militärvorlage in Sicht.

Der bayerische Kriegsminister hat am Dienstag abend in der Kammer auf eine Anfrage des Liberalen Müller-Hof wegen der Gerüchte, daß demnächst eine halbe Milliarde für Neubewaffung der Feldartillerie gefordert werden sollte, geantwortet: „Wenn der Abgeordnete von mir Erläuterungen verlangt, daß keine neuen Forderungen für Bewaffung und Ausrüstung der Armee mehr kommen werden, dann muß ich zu meinem Bedauern erklären, daß ich und wohl kaum irgendwo ein Kriegsminister eine solche Erklärung abgeben kann. Eine Armee muß technisch auf der Höhe der Zeit bleiben, und kein Minister kann auch nur auf fünf Jahre voraus sagen, welche Fortschritte die Technik auf dem Gebiete des Militärs bringt und in welche Zwangslage eine Heeresverwaltung durch die Erfindungen der Technik veretzt sein kann.“

Die Erklärung des Kriegsministers wird allgemein als eine Ankündigung aufgefaßt, daß in der Tat eine große Artillerievorlage bevorsteht, gegen die sich also die wiederholte Warnung des bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet hat. Dieser aus zentrumsagitatoren Bedürfnissen veranlaßte Protest des Grafen Hertling gegen weitere Rüstungen hat bei dem Kriegsminister offenbar keine Begünstigung gefunden.

Fünfjährige resultatlose Beratung der Arbeitslosenversicherung.

Am 5. November 1908 beschäftigten sich die Kasseler Stadtväter auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags zum ersten Male mit der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung. Am 4. Mai 1909 wurde beschlossen, der

Magistrat möge die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Erwägung ziehen. Der Magistrat lehnte ab. Am 4. November 1909 beschloffen die Stadtväter trotzdem einstimmig, eine Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, die Arbeitslosenversicherungsfrage eingehend zu erörtern. Vier Jahre lang tat diese Kommission indessen nichts. Als sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 endlich zusammentrat, erklärte ihr Vorsitzender, Bürgermeister Jochims, er lege den Vorbehalt nieder, sobald die Kommission positive Beschlüsse fassen sollte. So entschied die Kommission, weiterhin nichts zu tun, und am 12. Januar 1914 erstattete sie den Stadtvätern endlich Bericht über ihre „Arbeit“ vierjährigen Nichtstuns. Resultat: wie der Magistrat, so empfiehlt auch die Kommission, keine Schritte zur kommunalen Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems zu unternehmen, da diese Lösung zu finden Sache des Reiches sei. Mit erdrückender Mehrheit stellten sich am 12. Januar ds. Js. die Stadtväter auf den gleichen Standpunkt. Glat abgelehnt wurde auch der von unseren Genossen gestellte Antrag, von einer Kommission eine Vorlage zur Einführung der Arbeitslosenversicherung ausarbeiten zu lassen. Glat abgelehnt wurde schließlich auch unser Unterantrag, zur sofortigen Unterstüzung Arbeitsloser 10 000 M. bereitzustellen.

Keine Revision im Reutterprozeß?

Der „Deutsche Kurier“ will erfahren haben, daß im Prozeß gegen den Oberst v. Reutter vom Gerichtsherrn auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet werden wird. Maßgebend für die Entscheidung ist die Erwägung, daß auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials auch das Oberkriegsgericht nur zu einem freisprechenden Urteil gelangen würde, andererseits durch eine abermalige Aufrollung des Prozesses nur den preußenfeindlichen Elementen gedient werden würde.

Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes aus Straßburg beabsichtigen sämtliche Unterstaatssekretäre gemeinsam mit dem Staatssekretär ihr Abschiedsgesuch einzureichen, wenn der Statthalter Graf Bedel seinen Abschied nimmt. Die Unterstaatssekretäre werden an dieser Absicht wahrhaftig auch dann festhalten, wenn Graf Bedel im Amte bleibt und der Staatssekretär Hr. Jörn von Sulach seinen Abschied nimmt.

Unter den vielen Gratulanten zur Freisprechung des Obersten von Babern befindet sich auch der „Nationale Verein für Nordhaußen, Grafschaft Hohenstein“. Der Vorstand sandte nämlich folgendes Telegramm:

„Dem mannhaften und furchtlosen Vertreter der Armee und des Deutschtums in den Grenzlanden, dem Wäher der Autorität gegenüber der Willkür des Pöbels sendet herzlichste Glückwünsche zur Freisprechung.“

Der Nationale Wahlverein Nordhaußen und Kreis Grafschaft Hohenstein.“

Bekanntlich wurde in Babern auch ein Landgerichtsrat und ein Staatsanwalt festgenommen. Ein Staatsanwalt war aber auch Kandidat des gratulierenden Vereins bei der letzten Landtagswahl. Hat der Vorstand des Vereins hieran gar nicht gedacht, als er die „Willkür des Pöbels“ in Babern feinsagelte?

Der Fall Babern in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

Beim Kapitel Militärjustizverwaltung kam am Mittwoch in der Kammer der Genosse Süßheim auf den Straßburger Prozeß gegen den Oberst v. Reutter zurüd. Die Verhandlungen hätten nichts mehr mit Recht zu tun gehabt, sondern seien lediglich eine Bekundung militärischer Interessensolidarität gewesen. Die Militärjustiz trug keine Binde, sondern ein Monopol, kein Wunder, daß sie einseitig sah. Der Redner legte dar, daß auch in Bayern die Militärgerichte verschieden urteilen, je nachdem es sich um Offiziere oder um Soldaten handelte. Er forderte die völlige Befreiung der militärischen Sondergerichtsbarkeit, die nur ein Urteil der Richter in eigener Sache darstellte. Von Seiten der Militärverwaltung wurde die unterschiedliche Behandlung bestritten. Ein Erlaß der Militärjustizverwaltung aus dem Jahre 1910 habe ausdrücklich verfügt, daß zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der Militärjustiz kein Unterschied gemacht werden dürfe.

Eine amtliche bayerische Erklärung zum Fall Babern.

Die „Staatszeitung“ berichtet am Mittwoch auf Veranlassung des Kriegsministers ihre Notiz, daß in Bayern das Militär befugt sei, auch ohne Requisition der Zivilverwaltung die Waffen zu gebrauchen. Das preussische Recht gelte nicht für Bayern, und das amtliche Blatt fügt hinzu:

„Selbst in Bayern kann nach Titel 9 § 6 der Verfassungsurkunde und nach § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1851 das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der geschlichen Ordnung betreffend die Armee zur Erhaltung der inneren Sicherheit oder der geschlichen Ordnung nur dann einschreiten, wenn sie von der zuständigen Zivilbehörde förmlich dazu aufgeboten worden ist.“

Badische Politik.

Die Rede des Genossen Kolt

bei der allgemeinen Finanzdebatte findet auch in der gegnerischen Presse Anerkennung. Nur der „Bad. Beob.“ kann es sich nicht verkneifen, das was Genosse Kolt unter Zustimmung aus allen Parteien über gewisse Zustände in Beamtentum sagte, zu entstellen, um dadurch die Beamten gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen. Dabei haben die bezüglichen Ausführungen Kolts gerade die lebhafteste und sehr deutlich zum Ausdruck gekommene Zustimmung auf den Banken des Zentrums gefunden und Abgeordnete des Zentrums wie der anderer bürgerlichen Parteien haben dem Genossen Kolt persönlich versichert, daß diese Darlegungen einmal notwendig waren und daß sie deshalb mit denselben durchaus einverstanden seien. Genosse Kolt hat nicht die ganze Beamtenenschaft kritisiert, sondern bestimmte Kreise derselben und er hat das auch ausdrücklich hervorgehoben. Allein es gehört nun einmal zu den Gewohnheiten der Zentrumsjournalistik, den politischen Gegner zu denunzieren und ihm

falsche Unterstellungen zu machen. Darüber regt man sich schon lange nicht mehr auf.

Wie schwer es unsern politischen Gegnern wird, unsere grundsätzliche Stellung zu begreifen, dafür liefert der Karlsruher Berichterstatter der „Straßb. Post“ einen klassischen Beweis. Er schreibt über die Rede Kolts:

Dieser Führer der badischen Sozialdemokratie ist einer der fesselndsten Redner des Hauses, das ihm auch sofort willig das Ohr lieh, und seine temperamentvollen Ausführungen und Uebertreibungen, die die Gegner oft zum Widerspruch reizten und ihm bei dem Ausdruck „Parodie eines Gerichts“ für das Straßburger Kriegsgericht eine Rüge des Präsidenten eintrugen, brachten bald Bewegung in den etwas einförmigen Fluß der Verhandlungen. Was man zu hören bekam, war in der Hauptsache eine sozialdemokratische Programmrede, die mit dem Etat herzlich wenig zu tun hatte, aber eine Programmrede des reformistischen Sozialismus, der dem bürgerlichen Linksliberalismus weit näher steht, als dem eigenen Parteiprogramm. Abg. Kolt geht in seinen Redereien außerordentlich weit, so weit, sich gegen den Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung aber antimonarchischer Betätigung sehr unempfindlich zu zeigen. Mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgte das ganze Haus des Redners scharfe, aber offenbar sachkundige Kritik an der Organisation der Staatsverwaltung, besonders an den Zuständen in der Generaldirektion der Staatsbahnen — wo jeder Beamte sein eigener Generaldirektor sei — und man hatte den Eindruck, daß man bei allen Parteien dem Redner dafür dankbar war, daß er das heisse Thema, mit dem man sich selbst nicht gern befaßt, einmal gründlich zur Sprache brachte.

Eine sozialdemokratische Programmrede, die dem Linksliberalismus näher steht als dem sozialdemokratischen Programm. Kann man einen größeren Unfinn verzapfen? Genosse Kolt hat die sozialistische Theorie von der gesellschaftlichen Entwicklung mit aller nur wünschenswerten Klarheit vorgetragen, eine Theorie, die mit dem Linksliberalismus so viel wie nichts gemein hat. Daß in dieser Beziehung innerhalb der Sozialdemokratie keinerlei irgendwie Differenzen bestehen, scheint der Berichterstatter der „Straßburger Post“ nicht zu wissen. Er verwechselt die Theorie mit der Taktik. Nicht weniger sinnlos ist die Behauptung von den sozialdemokratischen Redereien, die Kolt in seiner Rede verbrochen haben soll. Es ist nicht wahr, daß er sich gegen den Vorwurf der antimonarchischen Gesinnung sehr empfindlich gezeigt hat. Was Kolt in dieser Beziehung sagte, war, daß die republikanische Gesinnung der Sozialdemokraten kein Grund sein kann, sie außerhalb der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu stellen. Man sieht aber an diesen Beispielen, wie schwer es unsern Gegnern wird, auch wenn sie nicht gerade gehässig sind, sich in unsere sozialdemokratischen Gedankengänge hineinzufinden.

Die evangelische und katholische Kirchenbehörde zum Dotationsgesetz.

Der, wie mitgeteilt, der zweiten Kammer zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Aufbesserung geringbezahlter Pfarrer aus Staatsmitteln enthält in seiner Begründung einen interessanten Abschnitt, in welchem die beiden oberen Kirchenbehörden, der Evangelische Oberkirchenrat und das Erzbischöfliche Ordinariat sich zu der Weiterführung der Dotation aussprechen. Sie äußern darin die dringende Bitte, die nach dem Gesetz vom 18. Mai 1899 bisher geleisteten Staatszuschüsse auch weiterhin zu gewähren und die Geltungsdauer des Gesetzes vom Ablauf des Jahres 1914 an auf 10 Jahre, sonach bis zum Ende des Jahres 1924 zu verlängern.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat dabei hervorgehoben, daß die Evangelische Landeskirche „in große Verlegenheit, ja in Bedrängnis käme“, wenn der bisherige Staatszuschuß mit dem Ende des Jahres 1914 wegfiel. Denn wenn auch anzuerkennen sei, daß die Landeskirche steuer sich im allgemeinen günstig entwickelt habe, so dürfe doch auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß bei dem ständigen Steigen der Ausgaben für die sonstigen kirchlichen Bedürfnisse und bei der naturgemäßen Erweiterung des Kreises dieser Bedürfnisse mit einer stetig wachsenden Inanspruchnahme der Kirchensteuer zu rechnen sei. Der Wegfall oder die Herabsetzung des Staatsbeitrags müßte daher sofort zu einer Steigerung der Landeskirchensteuer bis zur staatlich erlaubten Höchstgrenze führen. Auf eine solche Maßnahme aber müßte die Kirche, wenn sie nicht selbst ihren Bestand in ernste Gefahr bringen wolle, für absehbare Zeit verzichten.

Auch das erzbischöfliche Ordinariat hat gegen eine Erhöhung der Kirchensteuer, so notwendig eine solche auch zur Befriedigung zahlreicher weiterer, bisher mangels Mittel zurückgestellter kirchlicher Bedürfnisse wäre, wesentliche Bedenken, weil eine solche Belastung des an sich finanziell weniger gut gestellten katholischen Volksteils durch Kirchensteuer angesichts der bestehenden steuerlichen Belastung durch Staat, Gemeinde und Kirche, in weiten Kreisen eine weder im Interesse des Staates noch der Kirche gelegene Mißstimmung gegen die öffentlichen Abgaben im allgemeinen und die für kirchliche Zwecke erhobenen im besonderen hervorgerufen geeignet sei und dadurch zu einer Schädigung kirchlicher Interessen führen könne. Das Erzbischöfliche Ordinariat will aus diesen Erwägungen auch „an den bisherigen Einkommenslagen für die Pfarrer festhalten, wiewohl eine Erhöhung an sich begründet wäre.“

Der Wehrbeitrag.

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Nach § 38 Abs. 2 des Wehrbeitragsgesetzes und § 20 Abs. 5 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats hat der Wehrbeitragspflichtige bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Vermögenserklärung — neben der etwa bewirkten Geldstrafe — einen Zuschlag von 5 bis 10 vom Hundert des geschuldeten Wehrbeitrags zu entrichten, falls nicht die Umstände des Einzelfalles das Verhältniß als entschuldigbar erscheinen lassen. Es wird deshalb allen, die Vermögenserklärungen abzugeben haben, dringend empfohlen, die zur Abgabe der Erklärungen allgemein gesetzte Frist (Schlußtag 20. Januar) oder, wenn jemanden die Frist verlängert worden ist, diese weitere Frist genau einzuhalten und die Erklärung so zeitig abzugeben, daß sie am Schlußtage der Frist in den Händen des Steuerkommissärs ist; denn der Zuschlag bei jeder, also auch bei nur geringfügigen Fristüberschreitungen ansteht.

Der Konstanzer Krematoriumsprotokoll.

Von der Zentrumsleitung in Konstanz war für Montag Abend die bereits vor Weihnachten angekündigte Protestversammlung gegen den Bau einer Leichenhalle mit Krematorium nach dem katholischen Vereinshaufe einberufen worden.

Die katholische Bevölkerung erblickt in dieser Verbindung eines Krematoriums mit einer städtischen Leichenhalle unter Einführung des Leichenhallenzwanges eine Unterstützung antichristlicher Bestrebungen, ein rücksichtsloses Verleugern des katholischen Empfindens, ein beständiges Vergernis und einen unerträglichen ja ungeschicklichen Gewissenszwang gegen die Katholiken und damit eine dauernde Störung des dem christlichen Volke teuren Gottesackerfriedens und der Eintracht der Bürger der Stadt Konstanz.

Mehr Unheil kann man sicher nicht in bestimmte Aussicht stellen. Wie wird sich der Geist des „seligen“ Johannes Fuß freuen, daß die Kleriker von heute so gewaltig gegen die Verbrennung von Menschen wettern.

Schwarze Räubergeschichten.

Aus Offenburg schreibt man uns: Im „Christlichen Familienblatt“ ist es seit Jahren fromme Sitte in abernen Erzählungen darzulegen, wie überliche, leichtsinnige Menschen sozialdemokratischer Gesinnung auf dem Sterbebett sich durch geistlichen Zuspruch bekehren und als letztes Wort vor sozialdemokratischem Umgang warnen.

Aus dem Landtag.

Budgetkommission

Die Budgetkommission setzte gestern nachmittag ihre Beratungen beim Budget des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten fort. Für den Oberstaatsanwalt ist ein Hilfsarbeiter angefordert. Die Titel Ministerium und Geheimen Kabinets fanden unbeanstandete Annahme.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Sozialdemokratische Wahlversammlungen

Am Sonntag, 4. Januar, sprach Landtagsabgeordneter Gen. Weber-Durlach in Sand in einer sehr stark besuchten Wählerversammlung. Weber führte den Anwesenden nach einem 1/4stündigen Vortrag die Bedeutung der bevorstehenden Wahl vor Augen.

Abends 8 Uhr sprach Gen. Weber in Willstätt bei Galtwirt Leicht. Diese Versammlung war nur schwach besucht. Auch hier erntete der Redner lebhaften Beifall.

Berner waren am Sonntag, 11. Januar, in Regelschurk und Kork Versammlungen vorgehen. In Regelschurk konnten wir jedoch keine Versammlung abhalten, da infolge der Gemeinderatswahl, die Samstag zuvor stattfand, die nötige Stimmung dafür nicht vorhanden war.

Am Montag, 12. Januar, abends 8 Uhr, fand nochmals eine Versammlung in Willstätt statt mit dem Referenten Gen. Geiler aus Mühlhausen. Dieser erntete nach einem längeren Vortrag stürmischen Beifall.

Zabern vor dem elsass-lothringischen Landtag.

Strasbourg, 15. Jan. Die Zweite Kammer setzte heute vormittag die Verhandlung über die Vorgänge in Zabern fort.

Wolf (lib.) führt aus: Es sei eine völlig unhaltbare Rechtsauffassung mit Erfolg vertreten worden. Die Rechte des Militärs müßten reichsrechtlich festgelegt werden. Wird gegen die freigelegten Urteile keine Berufung eingelegt, so würde dies einen Bruch des Bannes von Donauverschiebung bedeuten.

Müller (Centr.) vermißt den entscheidenden Ton in der Regierungserklärung. Die Presse habe in dem Fall Zabern voll und ganz ihre Pflicht getan. Die „Wades“-Geschichte des Leutnants von Forstner sei durchaus nicht als ein Einzelfall zu betrachten.

Ag. Schlumberger (Lothr. Volk.) gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es mit der Ehre der Regierung unvereinbar sei, wenn sie ihren Mißrat räume.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die gestern von den vier Parteien der Kammer betreffend die Vorgänge in Zabern eingebrachte, zu der Regierungserklärung Stellung nehmende gemeinschaftliche Resolution unter 168 Abstimmungen einstimmig angenommen.

Schwurgericht.

Schwurgericht.

§ 218 St.G.B., den er gegen eine Bezahlung von 100 Mk. in Lieboldsheim an einem 19jährigen Dienstmädchen vorgenommen hat.

In heutiger Sitzung beschäftigte das Schwurgericht die Verhandlungen der Anklage gegen den am 3. März 1878 zu Strasbourg geborenen Feisur Ernst Kochmann wegen Wohnungsbauverbrechen.

Der Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsrat Baumgartner. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt R. Humann. Die Verteidigung war Rechtsanwalt Geiler übertragener.

Der Angeklagte ist wegen Verhülfe am gleichen Verbrechen vorbestraft; auch von der hiesigen Strafkammer wurde er vor einiger Zeit wegen eines ähnlichen Falles bestraft.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und verurteilten ihn die Züchtigung mit dem Rutenstrich.

Das Urteil lautete demgemäß auf 5 Jahre 2 Wochen Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. 2 Monate und 2 Wochen Untersuchungshaft werden abgerechnet.

Ein Freispruch. Der 36 Jahre alte Wagner Gottfried Vogt aus Simbolsheim, der beschuldigt war, am 20. April v. J. der 63 Jahre alten Witwe Katharina Lauer, die in seinem Hause Wohnrecht hatte, Salzjäre in den Kaffee geschüttet zu haben, um sie aus dem Weg zu räumen, wurde vom Mannheimer Schwurgericht von der Anklage des Mordversuchs freigesprochen.

Schwere Strafe für Brandstifter. Das Schwurgericht in Mannheim verurteilte den 37jährigen Maurer Freitag aus Unterbach wegen Brandstiftung zu zwölf Jahren Zuchthaus. Der Maurer Freitag hatte, wie noch erinnerlich, in Königshofen an der Tauber im Laufe der letzten Jahre 5 Brände gelegt, denen 10 Wohnhäuser und 13 Scheunen zum Opfer gefallen waren.

Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte den 27jährigen Erdarbeiter Emil Sterk aus Mauenheim, Amt Engen, wegen Brandstiftung — der Angeklagte hatte das Haus seines Bruders angezündet — zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Kommunalpolitik.

* Fortschrittliches aus Forstheim. Der „Bad. Landesbote“ bringt über die letzte Bürgerversammlung einen Bericht, der wir nur deshalb herüberschicken, weil in demselben einige Nichtigkeiten enthalten sind. So behauptet der Artikel, daß der frühere Bürgermeister 700 Mark infl. Nebenspeisen bezogen habe. Tatsache ist, daß in diesem Gehalt die Nebenspeisen nicht mitbegriffen waren.

Neues vom Tage.

Giftmordprozess Hopf.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Die bemerkenswerteste Vernehmung des heutigen Vormittags im Prozess Hopf war die der Frau Wüß, die 14 Tage lang in Nieder-Rheinstadt bei Hopf war. Sie beobachtete, daß Hopf seiner Frau in zweiter Ehe, Jobad, er ihre eine Tasse Tee gab, etwas hineintat, und bemerkte, daß die Frau nach dem Genuß von Tee sich heftig erbrach.

Frankfurt a. M., 15. Jan. Als Hauptzeugin wurde heute morgen Frau Wally Hopf, die dritte Frau des Hopf, vernommen. Sie gab an, daß es ihr unheimlich gewesen sei, daß ihr Mann sie mit einer solch hohen Summe in die Lebensversicherung eingetragene habe und daß sie sich bemüht habe, ihn zu bestimmen, herauszugeben.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die gestern von den vier Parteien der Kammer betreffend die Vorgänge in Zabern eingebrachte, zu der Regierungserklärung Stellung nehmende gemeinschaftliche Resolution unter 168 Abstimmungen einstimmig angenommen. Das Haus ging dann zur Beratung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend die Streikvergehen in Mühlhausen über.

Der Vulkanbruch in Japan.

Tokio, 14. Jan. Bei dem ersten Ausbruch des Vulkans auf der Insel Sakurajima, der seit 130 Jahren unartig gewesen war, veranlaßten die Behörden die Bevölkerung, die Stadt Kagojima zu räumen. Truppen wurden aufgeboten. Das Erdbeben wiederholte sich alle drei bis fünf Minuten. Ein Flüchtling, der nach Kagojima kam, erzählte, daß er in Kagojima über 200 Erschütterungen gezählt habe.

Tokio, 15. Jan. Der erste Flüchtling aus Kagojima ist gestern Abend hier eingetroffen. Er berichtet folgendes: Die unterirdischen Geräusche und Ausbrüche begannen am 10. Januar. In der Nacht schlief niemand, vielmehr stellten alle Leute Lebensmittel bereit, um am 11. Januar zu fliehen.

7000 Menschen umkommen. Tokio, 16. Jan. Die Zahl der infolge des Vulkanausbruchs auf der Insel Sakurajima ums Leben gekommenen Menschen wird jetzt auf 7000 angegeben. Alle fremden Missionare sind in Sicherheit; die Nahrungsmittel fast knapp.

Aus der Partei.

Leitungsbureau, 15. Jan. Sozialdem. Verein. Unsere diesjährige Generalversammlung findet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der „Arona“ statt. Wir fordern die Mitglieder auf, vollzählig zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind in Ordnung zu bringen und baldmöglichst abzugeben. Weingarten, 15. Jan. Achtung Volksfreunde und Parteigenossen! Am Samstag, 17. Jan., abends 9 Uhr, findet im „Lamm“ ein Vortrag des Genossen Trinkl über „Heinrich Heine“ statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Kleinleinbach, 15. Jan. Den Parteigenossen von Kleinleinbach zur Kenntnis, daß vom 1. Januar ab Genosse Georg Leber, Former, die Filiale des „Volksfreund“ sowie die Veranschaulichung der Parteiliteratur: „Wahrer Jacob“, „Arbeiterjugend“ usw. übernommen hat. 13. Reichstagswahlkreis. Bis heute haben folgende Mitgliedschaften ihre Abrechnungen vom 3. Quartal 1913/14 noch nicht eingereicht: Eppingen, Stein, Sulzfeld, Gondelsheim, Wiesloch, Philippsburg, Rensingen und Eschlebronn. Die Vorsitzenden der obengenannten Mitgliedschaften werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Abrechnungen bis längstens am Sonntag, 19. Januar 1914, in Händen des Kreisoffiziers sind. Auch sind Kalender, Protokolle usw. mit in Abrechnung zu bringen. Der Kreisoffizier: Wilhelm Steiber, Breiten, Marktplatz 13.

Aus dem Lande.

Riftatt. Parteiverammlung. Am Samstag, 17. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet im Parteilokal eine Parteiverammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Versammlung zu besuchen. Die nächste Bürgerauskunft wird sich mit der Gemeindeverwaltung für eine hier zu errichtende Schulfabrik zu befassen haben. Dieselbe wird 200 Arbeiter beschäftigen und soll bis Juli dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden. Auch steht die Stadterhaltung mit einer Firma zwecks Errichtung einer Metallwarenfabrik in Unterhandlung, welche vorerst 50 Mann beschäftigen wird. Die Arbeiter werden nicht trauern. Wie man bestimmt hört, soll dem Direktor J. J. J. von der Waggonfabrik auf 1. Juli gekündigt worden sein. Die Arbeitererschaft wird dem Manne, der ihr gegenüber nur den rücksichtslosen Vorgehens zeigte und keinerlei Verständnis für ihre Bedürfnisse und Beschwerden hatte, keine Tränen nachweinen. Das Nadelunglück. Zu dem gestern gemeldeten Unglück ist noch ergänzend nachzutragen, daß sich Mittwoch mittag zwischen 4 und 5 Uhr mehrere Volksschüler oberhalb der Ankerbrücke mit Nadeln über den Murgdamn hinauf vergnügten. Obwohl der Murgdamn noch etwa 10-12 Meter von der Murg entfernt ist, kam der 8 Jahre alte Sohn des Schlossers Herz mit seinem Schutzhelm in die Murg und ertrank, da nicht sofort Hilfe da war. Der Knabe trieb im Wasser bis kurz vor die untere Schließbrücke, wo er von dem von der Arbeit heimkehrenden Schreiner Stiefvater, der durch das Geschrei von Kindern darauf aufmerksam gemacht wurde, dem nassen Element entziffen wurde. Die sofort von Herrn Dr. Weinberger angeordneten Wiederbelebungsvorkehrungen waren ohne Erfolg. Es ist überhaupt ein Wunder, daß noch nicht mehr Unglück passiert ist, denn in Ermangelung einer Nadelbahn ziehen die Kinder, wenn nur einigermaßen Schnee liegt, sofort an den Murgdamn, um da dem Nadelnspiel zu huldigen. Vielleicht wäre es möglich, daß die Stadterhaltung den Kindern gegen einen Platz zum Nadeln zur Verfügung stellt, vielleicht den Spitalbudei am Reichenwaggenmagazin vorsetzt. Bade-Baden. Eine öffentliche Konsumentenversammlung, in der Frau Prof. Staubinger, Zürich sprechen wird, findet Samstag, 17. Jan., abends halb 9 Uhr, im Gartencafé der Brauerei Weyer statt. Frau Staubinger wird sprechen über „Die Frau und die Konsumentenvereine“. Zu der Versammlung ist jedermann, besonders aber die Frauen, freundlichst eingeladen. Offenburger. Wähler, Arbeiter der Ringvorstadt. Morgen Samstag den 17. Januar wird unser Kandidat Franz Geiler abends halb 9 Uhr im „Salmen“ über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen. Genosse Geiler wird die Taten der bürgerlichen Parteien im Reichstag und insbesondere die heuchlerische Volksfreundlichkeit des Zentrumskandidaten kennzeichnen. Genossen, und Wähler, erscheint zahlreich in der Versammlung. Flugblattverbreitung. Die Genossen werden aufgefordert, an der am nächsten Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung zahlreich teilzunehmen. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt morgen Samstag abends 8 Uhr im „Anker“. Bringt auch noch eure Nebenarbeiter und Freunde mit. Je mehr sich beteiligen, desto schneller ist die Arbeit erledigt. Heidelberg, 15. Jan. Der Verdacht, daß die beiden in Osterburden verhafteten Kirchenräuber, zwei Italiener, auch die Kirchenraubzüge in Heidelberg verübt haben, bestätigt sich. Die beiden Italiener haben längere Zeit in der Heidelberger Weinstadt gewohnt. Sie waren einige Zeit beim Heidelberger Bahnbau beschäftigt. Der verhaftete 23jährige Marosi hat auch die Kirchenraubzüge in Heidelberg eingestanden. Der Italiener Freschi, welcher auf seiner Flucht vom Güterzug abprang, ist noch nicht ermittelt. Katern, 15. Jan. In einer hiesigen Familie wurde vor dem Schlafengehen der Ofen nochmals tüchtig geheizt, wobei man vergaß, die Klappen zu schließen. Durch die entweichenden Gase wurde die ganze Familie bemußt. Nur dem Familienvater gelang es noch, das Fenster zu öffnen, wodurch er seine Angehörigen vor dem sicheren Erstickungstode rettete.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 16. Januar. Minsheim. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereins findet am Samstag, 17. Januar, abends 1/9 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Stadterordneten Gebhardt über das Thema: „Die Aufgaben der Stadtverwaltung in den eingemeindeten Vororten.“ Wir erjuchen die Genossen, zahlreich zu erscheinen. Eisbahn im Stadtpark. Heute Freitag, 16. d. M., nachmittags von 3-5 Uhr, findet bei der Eisbahn im Stadtpark Konzert einer Abteilung der Artilleriefeldkapelle Nr. 14 statt. Näheres siehe im Anzeiger in heutiger Nummer. Die Eisbahn im Stadtpark ist gestern erstmals geöffnet worden. Wenn möglich, wird sie an den nächsten Tagen abwechselnd mit der Eisbahn auf dem Weichplatz auch abends offen gehalten werden.

Auf in die Volksversammlung!

Erste Zeiten sind für die Arbeiterschaft und das freigeitlich gestimmte Bürgertum angebrochen. Unter dem Schlagtrug „Schutz des Arbeitswilligen“ versucht ein rücksichtsloses Scharfmacher- und Unternehmertum den Arbeitern ihre wenigen Rechte noch zu schmälern, wenn nicht ganz zu rauben. Das Koalitionsrecht ist in Gefahr! Man will den Arbeitern das Recht, sich in Verbänden zu vereinigen, um dadurch mit Nachdruck ihre gerechten Forderungen vertreten zu können nehmen, weil man dann hofft, sie noch mehr ausbeuten und knechten zu können. Aber es droht noch eine weitere Gefahr! Die Straßburger Militärärzte haben mit ihrem freispredendem Urteil die Geldentaten der Haberner Offiziere sanktioniert. Die Soldateska darf sich mutwillig über Gesetz und Recht hinwegsetzen, es geschieht ihr nichts. Die staatsbürgerlichen Rechte sind in Gefahr! Wie auf der einen Seite die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft durch die Pläne der Scharfmacher Gefahr droht, so ist auf der anderen Seite nicht minder die staatsbürgerliche, politische Freiheit der Bürger und der Arbeiter durch die Militärdiktatur bedroht. Da gilt es Protest zu erheben. Wer nicht die Knebelung der Arbeiter durch Ausnahme- und Zuchthausgesetz will, wer keine Diktatur des Offiziersstandes will, sondern geordnete, friedliche Zustände, der ersuche Sonntag morgen 10 Uhr in der öffentlichen Versammlung im Koloosseum. Es werden sprechen: Landtagsabgeordneter Rich. Wöttger-Mannheim über: Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechts, und Landtagsabgeordneter W. Koll-Karlsruhe über: Volksrechte oder Militärdiktatur. Auf ins Koloosseum, so muß für jeden freigeitlich gesinnten Mann am Sonntag früh die Parole lauten.

Veranstaltungen.

Arbeiter-Radfahrerverein „Reichshaus“, Sektion Ruppurr. Morgen Samstag abend findet im „Kaiser Friedrich“ die Christbaumfeier statt, verbunden mit Kinderbesprechung und Gabenverlosung. Da auch für weitere Unterhaltung musikalischer und geselliger Art gesorgt ist, so wollen den Besuchern einige unterhaltende, gemütlige Stunden. Die Arbeiterschaft Ruppurr wird zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen. Die Karnevalsgeellschaft „Fidele Geister“ hält am Sonntag, 18. d. M., ihre diesjährige 1. Große Damen- und Fremdenfeier im großen, neu renovierten Saale ihres Stammlokals zum „Mitter“, Kronenstraße 46, ab. Auch in diesem Jahre werden die Fideles, wie man es schon gewohnt, wieder alles aufbieten, um den anwesenden Märrinnen und Märrern einige gesunde, humorvolle Stunden zu bereiten. Ebenso wird der Diebeschannus bestrukt sein, durch Verabreichung von prima Speisen und dito Getränken auch den vernünftigen Gaumen zu befriedigen. (Siehe Anzeiger!) Koloosseum. Heute Freitag, 16. Januar, beginnt das Gastspiel der „Egl-Wühne“, Direktion Ferdinand Egl aus Innsbruck, mit dem Morzeschen Volksstück „Pater Jacob“. Morgen Samstag wird die Tragikomödie von Herbergen „Widwaiser“ gegeben, Sonntag mittag 4 Uhr „Die Solandauerin“ und abends 8 Uhr „Im Himmelst“. Sämtliche Stücke sind Novitäten für Karlsruhe. (Siehe auch heutiges Anzeiger.) Edison's Kinetophon. Zu einer äußerst interessanten Vorführung hatte uns gestern mittag die Direktion des Residenztheaters eingeladen. Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Wälder, daß es dem berühmten amerikanischen Erfinder und Erfinder Edison gelungen sei, Kinetograph und Phonograph so zu verbinden, einen Apparat zu konstruieren, daß eine gleichzeitige Aufnahme und Wiedergabe vom Bild und gesprochenen Worte möglich ist. Bisher waren nur getrennte Aufnahmen möglich und die Wiedergabe wirkte meistens komisch, da es schlechterdings unmöglich ist, beide Apparate, Kinetograph und Phonograph, so einzufassen, daß eine genaue Übereinstimmung möglich ist. Edison's Erfindung hat nun hier wieder Vollkommenes geschaffen. Mit vollkommen reifer Präzision arbeitet die neue Erfindung. Der Ausbau derselben eröffnet ungeahnte Möglichkeiten für die Zukunft. Es steht vollkommenen Übereinstimmung zwischen Schall und Bild, wäre nicht das Klimmern des Bilds, man könnte tatsächlich glauben, die Vorführungen wären wirklich lebende. Die gestrige Vorführung erregte bei allen Besuchern berechtigtes Staunen. Man denke sich nur, was das heißt: Ein Gelehrter von heute, ein Parlamentarier oder sonst eine bedeutende Persönlichkeit kann in hundert Jahren in getreuer Wiedergabe wie zu seinen Lebzeiten gesprochen, wie er sich bewegte usw. unsere Nachfahren gezeigt werden. Besonders die Wissenschaft kann unglaublich Vorteile aus dieser Erfindung ziehen. Die Vorführung findet auch heute im Residenztheater statt, es kann auf dieselbe nur empfehlend hingewiesen werden. Klavierabend Johanna Klein. Es sei hierdurch nochmals auf den heute abend 10 Uhr im Künstlerhaussaal stattfindenden Klavierabend hingewiesen, dessen schönes Programm einen gesunden Abend verspricht. Karten bei Hugo Kunz Nachf. und an der Abendkasse. Gertrud Reithaus, die bereits im vorigen Jahre mit großem Erfolge hier auftrat, wird am kommenden Sonntag, 18. d. M., abends 1/9 Uhr, im Museumsaal wieder einen Tanzabend veranstalten. Für die begleitende Musik ist eine pianistische Solistin, die Klaviervirtuosin Stritt-Wienede aus München gewonnen worden, die auch mehrere Vorträge in dem interessanten und abwechslungsreichen, vollständig neuen Programm einfügen wird. Die Kostüme, deren in Farbe und Form aparter und vornehmster Geschmack alleseitig Bewunderung erregt, hat der Münchner Architekt Diplomingenieur Siegf. Werner Müller geschaffen. In dem Tanzabend, dessen Arrangement die Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz Nachf. übernommen hat, macht sich lebhaftes Interesse bemerkbar.

Letzte Nachrichten.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 15. Jan. Infolge der Kälte hat die Zahl der Bewerber der Arbeitslosenliste während der ersten 14 Tage des Jahres zum erstenmal an mehreren Tagen die Zahl von 5000 überschritten. In München stellten die sozialdemokratischen

Referenten in mehreren Arbeitslosenversammlungen fest, daß 3 St. in München etwa 10 000 Arbeitslose gezählt wurden. Indirekt litten etwa vierzigtausend Menschen unter dieser Arbeitslosigkeit.

Ein neuer Gesetzgeber.

Dresden, 14. Jan. Kronprinz Georg vollendet morgen sein 21. Lebensjahr. Er wird damit großjährig und tritt gemäß der Verfassung als Mitglied in die Erste Kammer der Ständeverammlung ein. — Der König hat aus diesem Anlaß 35 Strafgefangenen im Alter von nicht 21 Jahren die Freiheit geschenkt und bei zwei Verurteilten gleichen Alters Erlass der Strafe einreten lassen. Ferner hat der König einige Disziplinarstrafen gegen Angehörige des Leibgardebattalions Nr. 100 und des 5. Infanterieregiments Kronprinz Nr. 104 erlassen.

Auflösung der Sobranje.

Sofia, 14. Jan. Die Auflösung der Sobranje erfolgte nach einer fünftägigen Sitzung, während derer die Gruppen der Opposition aus verschiedenen Gründen die Annahme der zwei provisorischen Budgetwörter abgelehnt zu müssen erklärten. Der Ministerpräsident verlas am Mittwoch den Auflösungsbescheid, der mit der Arbeitsunfähigkeit der Kammer begründet ist.

Streikbewegung in Südafrika.

Johannesburg, 14. Jan. Wie vor einigen Tagen so scheiterte auch heute ein Versuch der Polizei den Sekretär des Gewerkschaftsverbandes Bain festzunehmen dem Widerstand der Streikenden. Ein während dieses Zusammenstoßes abgefeuerter Schuß soll nach den Einen von den Streikenden in dem Gewerkschaftshaus, nach den Anderen von der Polizei abgefeuert worden sein. Infolge dieses Vorfalls wächst die Spannung. Das Gewerkschaftshaus ist verbarrikadiert. In Benoni hat heute Vormittag die Volksmenge zwei Verhaftete gewalttätig befreit. Die Lage ist ernst. Johannesburg, 14. Jan. 7 Uhr abends. Die Führer der Arbeiterpartei erklären, daß sie eine eigene Polizei zur Aufrechterhaltung während der Dauer des Streiks organisieren werden. Sie wollen auf jeden Fall die Verewandlung von Truppen vermeiden. In einer von Tausenden besuchten Versammlung erklärten die Arbeiterführer, daß sie gewinnen müßten, um die Anwendung von Gewalt zu vermeiden. Kapstadt, 14. Jan. 9.30 Uhr abends. 50 Mechaniker der Maschinenanlagen im hiesigen Hafen, sowie 20 Kranführer sind in den Ausstand getreten. Man erwartet, daß die Doodarbeiter gleichfalls die Arbeit niederlegen werden. In den White River Werken streifen 324 Mann. Man glaubt, daß der Rest der Arbeiter, die sich zurzeit noch ruhig verhalten, in den nächsten Stunden die Arbeit niederlegen. Jeder verfügbare Mann der Miliz ist unter Waffen. Aus den nördlich gelegenen Kohlenbergwerken gehen ununterbrochen Kohlenzüge, die überladen sind, nach dem Süden ab, um die Häfen mit Kohlen zu versorgen. In den bedrohten Bezirken, wo schwarze Arbeiter verwendet werden, bilden sich Ausschüsse von bewaffneten Bürgern, um für jeden Aufstandsversuch gerüstet zu sein.

Johannesburg, 14. Jan. 11 Uhr abends. Heute Abend wurde der Generalfreik erklärt. Premierminister Botha hat die Erlaubnis erhalten, die in Südafrika stehenden Reichstruppen zu gebrauchen, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte. Johannesburg, 14. Jan. 12.30 Uhr nachts. Die Erklärung des Generalfreiks durch die Arbeiterschaft ist durch die Regierung mit der sofortigen Proklamierung des Kriegsrechts beantwortet worden.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Morgen Samstag abend präzis halb 9 Uhr in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, Generalversammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig. 6725
- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 18. Januar, Besichtigung der Kunsthalle, Gemäldegalerie und plastischen Sammlung (unentgeltlich). Zusammenkunft 1/2 Uhr Hans Thomaststraße. 6726
- Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“.) Sonntag, 18. ds. Mts., Beteiligung an der Weihnachtsfeier der Sektion Ruppurr um 8 Uhr im „Kaiser Friedrich“. 6724
- Karlsruhe. (Brauerei- und Mühlenarbeiter.) Heute Freitag abend 8 Uhr im „Reichshaus“ wichtige Vertrauensmännerversammlung. 6704
- Ruppurr. (Arbeiter-Radfahrerverein.) Diejenigen Mitglieder, welche Nichtzähler sind, werden gebeten, am Samstag abend im Vereinslokal zu erscheinen. 6702 Die Sektionsleitung.
- Minsheim. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag den 17. d. M., abends halb 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal. 6078
- Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Pfalz“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709
- Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 17. Jan., abends 9 Uhr, im „Lamm“ Vortrag des Genossen Trinkl über Heinrich Heine. Die Parteigenossen und Volksfreundler sind hierzu mit der Bitte um zahlreiches und pünktliches Erscheinen freundlichst eingeladen. 7618
- Ettlingen. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Penske Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709
- Gaggenau. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Vollshalle“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709
- Hörden-Obernstadt. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag den 18. Januar, vormittags 1/2 10 Uhr, im „Anker“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen Paul Hurschig. 6709
- Forst a. Rhein. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag den 18. Januar, mittags 3 Uhr, in der „Arona“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen L. Müdert. 6709
- Breiten. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Engel“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709

Eine bewährte Methode zur Desinfektion der Mund- und Nasenhöhle.

In der rauhen Jahreszeit ist die Gefahr der Erfäkung und die Aufnahmefähigkeit für die Bakterien der sogenannten Erfäkungsorganen am größten. Infektionskrankheiten, wie Diphtherie, Scharlach, Epphus und andere, werden bekanntlich dadurch hervorgerufen, daß die Keime mit der Atmungsluft, durch die Nahrung oder Hände in die Mundhöhle gelangen. Als Schutz vor Ansteckung bewähren sich die Formamint-Tabletten der Firma Bayer u. Cie., Berlin. Sie machen beim Aufgehen im Munde den Speichel zum Desinfektionsmittel, das in alle Faltchen der Schleimhäute eindringt und die dorthin gelangten Keime vernichtet. Wir verweisen ausdrücklich auf den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.

Sonntag, den 18. Januar 1914, vormittags 10 Uhr, im „Colosseum“, Waldstraße 16

Öffentliche Volks-Versammlung.

In derselben sprechen die Landtagsabgeordneten

Herr Richard Böttger

über:

„Die Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechtes“

und

Herr Wilhelm Kolb

über:

„Volksrechte oder Militärdiktatur?“

Bürger! Arbeiter! Die wichtigsten Volksrechte sind in Gefahr. Erhebt Euer Stimme zugunsten einer umfassenden Erweiterung Eurer Rechte, kommt in Massen in die Versammlung.

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Platzmangel zwingt mich, einen grossen Posten bedeutend reduzierter Waren abzustossen.

Zirka 1000 Paar Schuh-Waren aller Art.

Kaufen Sie bei mir sparen Sie Geld.	Filzschallentiefel zu aussergewöhnlich billigen Preisen	Ledersohlen, Absatzfleck mit Ledervorderkappen
Hier ein Beweis!	22-26 27-30 31-35 Damen	78 88 98 125

Grosser Posten Rest- u. Einzelpaare Herren- u. Damenstiefel teils Goodyear Welt und gedoppelt zur Hälfte des früheren Wertes

Nie wiederkehrend. Angebot kräft. Rindbox-Oessentiefel holzgenagelt. 27-30 2.98 31-35 3.65

Billiges Angebot in Kamelhaar-Schuhen. 21-26 27-30 31-35 36-42 43-48 68 98 138 175 198 teils Kamelhaar u. reine Wolle

Ein beachtenswertes Angebot! Ausnahmepreise!

Fein Box Hakenstiefel, Lackkappe, Derbyschnitt, eleganteste Formen Mk. 7.95 | Echt Chevreaux-Schnürstiefel, Derbyschn., Lackkapp. ganz neue Form. Mk. 5.50

Ein grösserer Posten Tanz-Schuhe, in allen Farben, teils etwas angestaubt, von 50 Pfennig an.

Gamaschen in allen Farben, sowie ein Restposten in Strümpfe zu Schleuderpreisen. 6713

C. Korintenberg

Kaiserstr. 118.

36 eigene Geschäfte.

Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“ Karlsruhe.

Am Sonntag den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal zum „Philister“, Baumeisterstrasse 54, unsere diesjährige

ordentliche Generalversammlung

statt. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Wir ersuchen unsere verehrlichen Mitglieder pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verein Ortsverwaltung Karlsruhe.

Sonntag den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im „Rheinkanal“, Rheinstrasse 42, unsere

jährliche Generalversammlung

statt. Hierzu laden wir die Kollegen und Kolleginnen freundlichst ein. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzulegen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität

Mitgliedschaft Berghausen. Am Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal I „zur Kanne“ unsere ordentliche

General-Versammlung

statt. Anträge hierzu müssen bis längstens Freitag, den 16. Januar beim Vertrauensmann schriftlich eingereicht werden. Um vollzähliges pünktliches Erscheinen bitten wir.

Der Vertrauensmann.

Meine Büro-Räume befinden sich nunmehr:

Herrenstr. 58, parterre nächst der Amalienstrasse.

Heinrich Klumpp

Verbandssekretär

Rechts- und Verwaltungs-Büro.

Telephon 2645.

Bekanntmachung.

Von Montag den 19. d. M. ab wird die Station Karlsruhe-Festplatz ausser Betrieb gesetzt und an deren Stelle der neue provisorische Endbahnhof der Albtalbahn an der neuen Bahnhofstrasse für den gesamten Personen-, Gepäck-, Eppreßgut-, Tier- und Güterverkehr (auch für Wagenladungen) in Betrieb genommen. In dem Fahrplan und in den Fahrpreisen und Frachten tritt durch diese Verlegung eine Aenderung nicht ein.

Karlsruhe, 15. Januar 1914.

Badische Lokol-Eisenbahnen, Aktiengesellschaft Die Direktion.

Sie sparen Geld Schuhwaren

beim Einkauf Ihrer

Schuhwaren

im

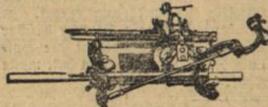
Inventur-Ausverkauf

vom

Schuhhaus Münzner

Südstadt: Werderplatz 34.

Mühlburg: Rheinstr. 12.



Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer vielen Vorteile wegen meine Strickmaschine

Unserordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschinen, große Plasterparnis. Strickunterricht gratis.

Bestandteile liefern wir und nehmen die fertige Ware ab.

4896

Karl Ehrfeld,

Karlsruhe, Kaiserstrasse 99. — Telephon 1000

Gelegenheitskäufe!

Große Posten

Jacquarddecken, Betteppiche für große Betten passend per Stück Mk. 2.30 2.40 2.60 2.80 3.— 3.50 4.— 4.50 5.— 5.50 6.— 6.50 7.— 7.50 8.— 9.— 10.— 11.— 12.—

Kamelhaardecken in großer Auswahl.

Sehr lohnend für Wiederverkäufer. Lagerbesuch ohne Kaufzwang.

Arthur Baer, Kaiserstrasse 133 1 Treppe hoch. Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse, Eingang bei der kleinen Kirche.

K. F.-C. Phönix

(Phönix-Alemannia) e. V. Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. — Telephon 1898. Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr: IV. Mannschaft gegen Konkordia Karlsruhe III. Mannschaft.

Nachm. 1 Uhr: V. Mannschaft gegen Konkordia II. Mansch. 1/3 Uhr: Konkordia Karlsruhe gegen V. f. B. Gaggenau. Entscheidungsspiel r. Klasse C. Eintritt 30 Pfg. 2002

Anmeldungen zur Tanzstunde werden bis längstens Montag, den 19. d. Mts., im „Löwenrauchen“ entgegengenommen.

Fussball-Club Mühlburg Verein für Rasenspiele e. V. — Gegr. 1905. (Mitgl. d. Verb. städt. Fussball-V)

Samstag, den 17. Januar 1914 Spielerversammlung.

Sonntag, den 18. Januar 1914 1. Mannschaft gegen Kickers Stuttgart, Beginn 1/3 Uhr. 2003

2. Mannschaft gegen F. G. Ettlingen I. Beginn 1 Uhr.

Sehr billig abgegeben: Kost neuer guter Handschuhwinterrantel 12 Mk., schöner Wajstisch 6 Mk., Frauen-Winterkaps 5 Mk., fast neuer Grammophon mit mehrer. Doppelschallplatten zu 18 Mk., befeuert Klavier von Bertold, Clifton, 6 Stühle, Stoffdruckstuhl hart, 4 Mk., engl. Bettst. m. Patentrol. 10 Mk., 17. 1 Treppe hoch.

Heute im Café Bauer Strauß-Millöcker-Suppé-Abend.

Lehrstelle gesucht!

Ein schulentlassener Junge aus achtbarer Familie sucht Stelle als Schlosser od. Mechaniker. Zu erfragen n. Nr. 6715 in der Exped. des „Volksfreund“

Vorteilhafte Einkäufe

in nur 1/2 und billigeren Keru-Ischleder, Croupons und Häften, Wollcoupons und Häften, Halsternhülle, Vor-schütze und Seilen, Rind-Keuppen und Schafleder ver-schiedener Art, Schäfte, Werk-zeuge für Schuhmacher und Sattler, Zeugleder, Rips- und Riemenleder, fertige la. la. Knebelstrettreibereien, Näh-eremen und Verbinden, Leder-fordel, Le erlitt, Adhäsions- und andere Fette, Oele, Holz-Niemenschleiben, Bindfäden, Gurten u. a. m. bei

Carl Göb Gebelstr. 15, beim Rathaus.

Verloren

wurde in der Marienstrasse ein feid. Herrenschirm mit weißem Beintriff. Gegen gute Belohnung abzugeben in „Schwarzwaldhof“.

Gehr aber gut erhalt Gummi-reifen auf viererwag. zu kaufen gesucht. Wilhelmstr. 15, 616.

3 Serien moderne Blusenseide

Nur solange Vorrat. Reinseiden gestreift Taffett, Messaline, Paillette, Louisine, Taffettmusseline etc. zum Ausschuchen ausgelegt. Es befinden sich darunter Qualitäten, welche regulär einen doppelten bis dreifachen Wert haben.

Serie I Wert bis 2.00 jetzt Meter	95	Serie II Wert bis 2.75 jetzt Meter	1.45	Serie III Wert bis 3.25 jetzt Meter	1.75
---	-----------	--	-------------	---	-------------

Besichtigen Sie bitte unser Schaufenster.

Schmoller

Inventur-Verkauf.

Ueberzieher (wenig getragen) von A. 4. — an **1.25** (wenig getragen) von A. 4. — an **1.50**
Anzüge (wenig getragen) von A. 4. — an **1.25**
neue Mäntel zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Dosen, Westen, Joppen sehr billig. 6062
Gelegenheits-Kaufhaus Werderstraße 15. Samstag geöffnet nur abends von 6^{1/2} bis 9 Uhr.

Eilt! Garantiert!
31. Januar Ziehung der **Grossen 8-Badener Geld-Lotterie**
2165 Geldgew. ohne Abzug **23000 Mk.**
Hauptgewinn **10000 Mk.**
Soldatenheim-Lotterie des Bad. Regiments Nr. 112 1917 G. l. gewinne bar ohne Abzug Ziehung sicher 28 Februar **10000 Mk.** Hauptgewinn **4000 Mk.**
8. Badener Lose A 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. Soldatenheim-Lose A 30 Pfg., 11 Lose 9 Mk. Porto und Liste je 25 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer**
Strasbourg i. E., Langstraße 107. Filiale: Kohl u. Ha., Hauptstr. 47. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/16, E. Flöge

Kellnerin, junge, tüchtige, auch Stellung zur Haushilfe oder ständig; zu erf. b. König, Luitpoldstr. 62, h. Stb. 2. L.

Pfannkuch & Co.
10% Rabatt auf 6722

Konserven
10% auf unsere Listenpreise.
Verlangen Sie bitte in unseren Filialen Konservenlisten.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Freie Turnerschaft Karlsruhe.
Sonntag, den 18. Januar 1914
Tanzausflug nach Durlach (zur „Blume“) wozu die verehrl. Mitglieder nebst Angehörigen freuntl. einlad. werden. Abmarsch 8 Uhr vom Durlacher Tor. Der Tururat. NB. Mittags 1/3 bzw. 1/2 Uhr Fußballwettkampf der 1. und 2. Mannschaft gegen Durlach 1. und 2. in Durlach. 6616

Bund Badischer Vereine für Kanarienzucht und Vogelschutz
unter Leitung des Ersten Karlsruher Vereines für Kanarienzucht mit Vogelschutz u. Pflege. E. V.

12. große Ausstellung von **Kanarienzucht, Sing- und Ziervögeln etc.** verbunden mit Prämierung u. Kanariemarkt am 17., 18. und 19. Januar 1914 im grossen Saale des Café Nowack, Eingang Etlinger Strasse.

Mit der Ausstellung ist verbunden ein reichhaltiger Glückshafen — Los à 20 Pfg. — dessen Gewinne aus feinen Kanarien, Papageien und der Vogelliebhaberei zweckdienlichen Käfigen bestehen.

Geöffnet: Samstag von vorm. 9 bis abends 8 Uhr
Sonntag „ „ 11 „ „ 8 „
Montag „ „ 9 „ „ 8 „
Eintritt: 20 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt. 6700

Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Frisch auf“
Sektion Müppurr
veranstaltet am Sonntag, den 18. Januar 1914, seine erste

Christbaum-Feier
verbunden mit Kinderbescherung und Gabenverlosung in der Restauration zum „Kaiser Friedrich“, wozu wir unsere Freunde und Gönner freundlichst einladen. 6701
Die Sektionsleitung.

Räumungs-Ausverkauf.
Um Raum für die Frühjahrsware zu bekommen, so verkaufe ich sämtliche Kleider wie
Herren-Ülster mit **20%** Nachlass
„ **Paletots** „ **30%** „
„ **Pelerinen** „ **30%** „
Knaben-Ülster, Paletots, Pelerinen bis zu **50%**

Konfektions-Haus „Merkur“
60 Kaiserstrasse 60
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Eisbahn im Stadtgarten.
Freitag den 16. Januar 1914, nachmittags von 3—5 Uhr
Konzert

einer Abteilung der Artillerie-Kapelle Nr. 14. Zu dem Eintrittsgeld für die Eisbahn, das beträgt: 20 Pfg. für eine Dauerkarte für den Winter, die auch zur Benutzung der städtischen Eisbahn außerhalb des Stadtparkes berechtigt. 2 Kart. wird ein Musikzuschlag von 10 Pfg. erhoben (für Erwachsene und Kinder). Die Eisbahnarten sind nur in Verbindung mit Stadtparkarten gültig. 6711

Waldstr. 16/18. **Colosseum.** Telephon 1938.
Ab heute Freitag, den 16. Januar: **Gastspiel der EXL-Bühne.** Direktion: Ferdinand Exl aus Innsbruck
Beginn der Vorstellungen täglich abends 8 Uhr. Spielplan für die Zeit vom 16. bis inkl. 19. Januar: Freitag, den 16. Jan.: Novität! **Paier Jacob.** Ein Volksstück in 3 Akten von Moree. Samstag, 17. Jan.: **Wildwasser.** Tragikomödie in 3 Akten von Herrlegen. **Grosser Lacherfolg.** Sonntag, 18. Jan. nachm. 4 Uhr: **Die Salonbäuerin.** Schwank in 4 Akten von Willhardt. Abends 8 Uhr: **Novität: Im Himmelhof.** Tiroler Volksstück in 4 Akten von Willhardt. **Grosser Lacherfolg!** Montag, 19. Jan.: **Die Wildkatze von Hollergrund.** Tiroler Volksstück mit Gesang und Tanz von Willhardt. Weiterer Spielplan folgt Montag, den 19. Januar. Bitte Ausschneiden. Colosseums-Kasse täglich vormittags 21—12^{1/2} Uhr und 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung geöffnet. 6707

Karnevalgesellschaft „Fidele Geister“
Sonntag den 18. d. M., nachm. 4^{1/2} Uhr beginnend, findet im neu renovierten brillant beleuchteten Saale zum „Ritter“, Kronenstr. 46, unsere

1. Große Damen- und Fremdenziehung mit darauffolgendem Ball statt. — Auftreten nur erstklassiger Württenredner. 6710
Eintritt 30 Pf. Karrenmühe u. Niederbuch obligatorisch
Freunde und Gäste herzlich willkommen.
Der Elfer-Kat.

Während unserm
Inventurausverkauf
sind die Preise für sämtliche Sorten
Schuh-Waren
bedeutend zurückgesetzt.
Winter-Schuhwaren
um damit vollständig zu räumen, bis
50% im Preise ermässigt.
Schuhhaus „Hansi“
Karlsruhe, Telefon 1627 6618
Ecke Markgrafen- und Kronenstrasse.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen. Ludwig Niedinger von Rotenfels, Sanitätssegeant hier, mit Karoline Häring von Rotenfels. — Aug. Maurer von Weiffelbach, Schutzmann hier, mit Veronika Schlid von Scheinfeld.
Geburten. Pauline Margarete, v. Paul Herrmann, Versicherungsinpektor. — Ernst Karl, v. Max Kammüller, Maschineninspektor. — Hilba, v. Karl Sauter, Reisender.
Todesfälle. Marie Waldmann, Witwe von Leopold Waldmann, Rechnungstat, 49 J. — Wolf Maier, Chemann, Kaufmann, 62 J. — Peter Geiger, Wirt, 50 J. — Dr. Harry Kreichmann, ledig, Einj.-Freim. Arzt, 27 J. — Anna, alt 1 J., v. Oskar Schneider, Schleifer. — Heinrich Sassebach, ledig, Rang-Feiaffizient, 61 J.

Pfannkuch & Co.
Mageres **Dörrfleisch**
pro **1.05** M.
Echte **Frankfurter Würstel**
Ser. 3 Paar **75** Pfg.
Sauerkraut
Pfund **6** Pfg.
10 Pfd. 55 Pfg.
Linien 6720
per Pfd. **15, 20, 25 u. 30** Pfg.

Die Nummern **79, 119, 124, 136, 150, 153** des „Volkfreund“ werden gegen Vergütung gesucht Abzugeben in der Exped. ion.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebt. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgebisse, Pfand-Gehne, Möbel, Reiseeffekt.
Erstes größtes Ant-Levy u. Verkaufsgeschäft
Schöne 3 Zimmerwohnung im 2. Stock mit Wasser und Gas auf April zu vermieten. 6664
Näheres Pagsfeld, Wilhelmstrasse 2.

2 Maskenkostüme Bl. cum weißer Bierette (einmal getragen) zu verl. Hauptstr. 02, 2. St.
Kodelschlitten (Dabos) noch gut erhalten billig zu verlauf. Sofienstr. 13, 4.
Getragene u. neue Herren- und Damenkleider Weiszeug, Uhren, Möbel kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekanntesten Firma
5918
R. Waier,
Marktgrafenstrasse Nr. 16.

Pfannkuch & Co.
Obst:
Westindische Bananen
Pfund **32** Pfg.
Orangen
Stück **4 bis 10** Pfg.
Äpfel 6721
3 **45 u. 50** Pfg.

Seite 2.
werden nur
e 31, abge-
Befe. Die
und der Ma-
28. Jan., im
hat die Hof-
schäftigen Ge-
fabrik A. M.
n Zigarren-
Das Bild
ping Britisch-
en und dem
schreibt, das
Plateau
nannten Ka-
Erdoberfläche,
finden, jtrö-
schnellen zu
an zu. Die
n, welche oft
Durchmesser
dem Tunnel
te der Kana-
den Tannen
auf und be-
esse wimmeln
en. Ist der
Im übrigen
ihre Frauen
der Notfälle
Anfichten ge-
ie Wohlfahrt
Vollschulen
t Hochschulen



Saison-

Ausverkauf

Während der letzten 5 Tage müssen eine grössere Menge Waren, die wir aus allen Abteilungen aussortiert haben

ohne Rücksicht auf den früheren Preis ausverkauft

werden, benützen Sie daher in Ihrem eigenen Interesse diese

Seltene Kauf-Gelegenheit!

Kostüme	Damen-Mäntel	Blusen	Kostüm-Röcke
Kostüme blau 27.- 19.- 13⁵⁰	Mäntel blau . . 12.75 9.50 4⁵⁰	Blusen reiche Auswahl 1.65 1.25 90³	Röcke grosses Sortiment 3.75 2.40 1⁹⁰
Kostüme engl. Art 19.- 14.50 9⁵⁰	Mäntel engl. Art 18.- 12.50 9⁵⁰	Blusen moderne Façons 2.90 2.40 1⁹⁰	Röcke moderne Streifen und Caros . . . 5.75 4.50 2⁹⁰
Kostüme engl. Art 43.- 32 24⁰⁰	Mäntel engl. Art 29.- 24.- 19⁰⁰	Blusen Seide und Tüll 8.50 5.25 3⁹⁰	Röcke blau und schwarz 5.75 4.50 3⁹⁰

4 Einheits-Preise:

Damen-Mäntel engl. Art	5⁷⁵	Kostüme engl. Art	9⁵⁰	Kostüm blau, reine Wolle	12⁵⁰	Damen-Mäntel beste Qualitäten	18⁰⁰
Morgen-Röcke moderne Farben	5⁷⁵	Damen-Mantel blau und engl. Art	9⁵⁰	Damen-Mäntel aus Seide	12⁵⁰	Kostüme auf Halbseide	18⁰⁰
Kostüm-Röcke blau und engl. Art		Bluse in Seide auf Futter		Abend-Mäntel		Seidene Kleider	
Hemden-Blusen Zefirflanell		Strassen-Kleid moderne Façons		Ball-Kleider		Gummifilz-Mäntel wasserdicht	

Normal-Hemden für Herren jedes Stück	1²⁵	Damen-Strümpfe Wolle gestrickt und gewebt	145 1²⁵ 95³
Unter-Anzüge für Kinder, im Alter von 2 bis 12 Jahren	105 80³ 55³	Herren-Socken Wolle und Woll gemischt	95³ 65³ 38³

Damen-Putz	
Die letzten garnierten Damenhüte	Die letzten Hufformen
Serie I jetzt M 1⁷⁵	Serie I jetzt M 45³
Serie II jetzt M 3⁷⁵	Serie II jetzt M 95³
Serie III jetzt M 5⁷⁵	Serie III jetzt M 1⁷⁵

Kostümfstoffe	Reste
ca. 180 cm breit, einfarbig und engl. Art gew. Stoffe, sowie hübsche Streifen etc.	für Blusen, kräftige Qualitäten, in hell und dunkel gestreift etc.
Serie I jetzt Meter M 145	Serie I jeder Rest M 95³
Serie II jetzt Meter M 225	Serie II jeder Rest M 145
Serie III jetzt Meter M 275	Serie III jeder Rest M 175

In allen Abteilungen staunend preiswerte Artikel ausgelegt.

Mode- und Aussteuer-Haus

Hugo Landauer

Kaiserstr. Ecke Lammstr.